

Ko(f)ra 122

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
April/Mai 2007
25. Jg.
ISSN 0949-0000

Migration: Männlichkeit und Frauen(ver)achtung

- Männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund:
Männlichkeitsvorstellungen verändern –
Frauenachtung fördern
 - Was ist nur aus der TAZ geworden?
- Österreich: Schulungen für RichterInnen gefordert
 - Vor dem G8-Gipfel: Bombodrom besiedeln!
- Luise F. Pusch: Gender – wer braucht es und wozu?
 - Die Lebenssituation deutscher Frauen im internationalen Vergleich
- Genitalverstümmelung an Mädchen und Frauen
in Deutschland,
 - Frauenfrage als Knackpunkt für Integration
- Kampagne des Europarats gegen Gewalt an Frauen
 - Die Linke soll sich programmatisch und kulturell dem Feminismus öffnen
 - Feminismus Offensiv

Inhalt:

Schwerpunkt:

Migration: Männlichkeit und Frauen(ver-)achtung 3

Männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund: Männlichkeitsvorstellungen verändern – Frauenachtung fördern (Anita Heiliger)

Resolutionen/Aktionen/Netzwerke 10

Was ist nur aus der TAZ geworden? Juristinnenbund: Unterstützung gegen Kindesentziehung, Österreich: Schulungen für RichterInnen gefordert, Recht auf sexuelle Selbstbestimmung auch für Frauen in Portugal! Protestbrief gegen Frauenmorde in Mexiko, Jedes Ziel ist ein Zuhause. Vor dem G8-Gipfel: Bombodrom besiedeln! "Zero Toleranz gegenüber Genitalverstümmelung": Vor der eigenen Haustüre kehren!

Glosse von Luise F. Pusch 17

Gender – wer braucht es und wozu?

Themen 18

Die Lebenssituation deutscher Frauen im internationalen Vergleich - Ergebnisse empirischer Studien 1997-2006, Genitalverstümmelung an Mädchen und Frauen in Deutschland

Nachrichten 24

Frauenfrage als Knackpunkt für Integration, Kampagne des Europarats gegen Gewalt an Frauen, Versicherungen sollen Gründe für unterschiedliche Tarife bei Frauen und Männern veröffentlichen, Die Linke soll sich programmatisch und kulturell dem Feminismus öffnen, Hirnforschung: Erlernte Angst ist wie wirkliche Angst

Termine 27

Wohnen bei Krankheit und im Alter, Köln; Tatort Beziehung, Basel; Femme Totale: Internationales Frauenfilmfestival, Dortmund; Feminismus Offensiv, Bremen; FiNuT 2007 Kongress von und für Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Lüneburg

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V., Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de, kofra-muenchen@t-online.de

Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

Männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund – Männlichkeitsbild und Frauenachtung

Anita Heiliger

Zusammenfassung

Eine kritische Sicht auf die muslimische Kultur ist infolge aktueller und dramatischer Ereignisse möglich geworden, die Verurteilung der Entrechtung der Frau, der „Ehrenmorde“ und Zwangsverheiratungen ist europaweit Konsens. Notwendig ist nun, auch einen Blick auf die Sozialisation der Jungen in dieser Kultur zu werfen und Möglichkeiten zu finden, ihnen den Ausstieg aus einem Männlichkeitsbild zu erleichtern, das Frauen versklavt, sie zur „Ehre“ des Mannes deklariert und ihre Ermordung bei vermeintlicher „Ehrverletzung“ legitimiert, Jungen sogar dazu anstiftet, ihre eigene Schwester umzubringen.

Aktuelle Entwicklungen und Einstellungen

Seit Jahren berichten Pädagoginnen von problematischen Begegnungen mit Jungen, die einen muslimischen Hintergrund aufweisen:

„(Mir) zeigen vor allem meine ausländischen (albanischen und türkischen) Jungen, dass ich als Frau nichts wert und somit keine Respektsperson bin“ (in: Emma März/April 2000, S. 48).

„ Sie strecken einem türkischen Vater ihre Hand zur Begrüßung hin. Dieser schlägt die angebotene Hand mit der Bemerkung ab: Frauen gebe ich keine Hand“ (Palzkill/Scheffel 1996, S. 64).

„Sind Sie frustriert? Sie gehören durchgefickt – keine seltenen Entgleisungen türkischer Schüler an unserer Schule“ (Gelling-Rothin 2000, S. 7).

Unzählige solcher Erfahrungen können Pädagoginnen berichten, doch es gab hierfür bisher keine Aufmerksamkeit. Wenn sie Kritik üben, setzen sie sich dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit aus,

der besonders gerne von den Jungen selbst kommt:

„Wenn man türkische Jugendliche wegen grober Entgleisungen zurechtweist und man ist eine Frau ..., dann halten das speziell ausländische Jugendliche überhaupt nicht aus. Die reagieren rotzfrech und stillisieren dieses Zurechtweisen ihres schlechten Benehmens zur Ausländerfeindlichkeit hoch“ (ebd.).

Von vielen Seiten kommt immer wieder der gleiche Vorwurf: Die Thematisierung solcher Probleme könne als Rassismus gewertet werden und den Rechtsradikalen in die Hände spielen. So wurde geschwiegen, ebenso wie über die „Ehrenmorde“, Zwangsverheiratungen und innerfamiliäre Gewalt gegen muslimische Frauen, die als kulturelle Eigenarten eingeordnet und damit weitgehend entschuldigt wurden. „Die bleierne Decke der falschen Toleranz“ nannte Alice Schwarzer diese Reaktion (Emma 1/2005, S. 28).

Dieses Klima hat sich jetzt verändert. Türkische Frauen in Deutschland und Frankreich haben begonnen, sich öffentlich zur Wehr zu setzen. Die Ermordung des holländischen Filmemachers Van Gogh wegen der Verfilmung des Drehbuches der muslimischen Somalierin Ayaan Hirsi Ali (Submission - Unterwerfung) über die „hoffnungslose Tyrannei über Frauen und Kinder“ im Islam (Hirsi Ali 2005, S. 286), die jetzt selber mit dem Tode bedroht wird, schreckte die Öffentlichkeit nicht nur in Holland auf. Die Diskussion um „Ehrenmorde“ und Zwangsheiraten hat endlich ernsthaft begonnen. Im November 2004 gingen in Köln 25.000 vorwiegend Türken auf die Straße, um für einen friedlichen Islam zu demonstrieren (vgl. Emma

1/2005). Am 5. März 2005 gingen in Berlin anlässlich der Ermordung von Hatun Sü-rücü über tausend (Deutsch-)Türkinnen und Deutsche auf die Straße, um gegen die sogenannten Ehrenmorde zu demonstrieren. „Noch nie gab es für die Menschenrechte von Türkinnen in Deutschland ein so breites Bündnis“ (Emma Mai/Juni 2005, S. 75). Die Autorinnen Necla Kelek („Die fremde Braut“), Seyran Ates („Große Reise ins Feuer“), Serap Cileli („Wir sind eure Töchter, nicht eure Ehre“) und Serpil Maglicoglu („Für Yasemin“) verfassten einen Brief an den Bundeskanzler und baten ihn, bei seinem Türkei-besuch Anfang Mai 2005 die Zwangsverheiratung zu kritisieren:

Das Ausmaß der Re-Islamisierung des türkischen Bevölkerungsanteils, Bedeutung und Auswirkungen der lange Zeit geförderten Parallelgesellschaften für bzw. gegen eine Integration in die deutsche Gesellschaft werden erst jetzt analysiert. Eine in türkischen Gemeinschaften offenbar weit verbreitete systematische Ablehnung der demokratischen Grundsätze der Bundesrepublik, die Missachtung von Menschenrechten, die Versklavung von Frauen unter Berufung auf Religion und Tradition werden skandalisiert, nicht zuletzt durch Necla Kelek, die sich vorgenommen hat, diesen Zustand zu beenden (vgl. Kelek 2005).

Gerne werden in Deutschland die politischen Versäumnisse zur Integration einerseits und die Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen der Muslime andererseits genannt, um den Rückzug in die Parallelgesellschaft, den Halt in der Religion zu begründen, während andere betonen, dass der fortschreitende Islamismus die türkischen Gemeinden unterwandere, manipulierte, sie zunehmend von der deutschen Gesellschaft abspalte und einer Integration damit entgegenarbeite. Wenn Jugendliche, die oft bereits als Kind in die Koranschulen geschickt werden, in den Interviews von Necla Kelek sagen: „Die Deutschen interessieren mich nicht“; „sie haben keine Ehre“; „Mensch ist Mensch, aber Türke zu sein ist besser“ (Kelek 2002, S. 148) und auch die Frauen, die Kelek in den Moscheen interviewt hat, mitteilen, Deutschland und seine Men-

schen interessierten sie nicht, seien ohne Bedeutung für sie („Wir brauchen die Deutschen nicht“; Kelek 2005, S. 204), so drückt sich hierin die Abwertung der deutschen Gesellschaft und ihrer Regeln aus.

Necla Kelek wird unter anderem vorgeworfen, sie verallgemeinere unzulässig, ein großer Teil der hier lebenden Türkinnen und Türken sei liberal. „Ehrenmorde“ seien „ein Problem der Unterschicht“, nicht weiter von Bedeutung, die Mehrheit sei anders. Necla Kelek aber erklärt: „Ich muss Sie enttäuschen. Ich betreibe seit über zehn Jahren intensiv Forschungen im Bereich der Migrations- und Religionssoziologie. In jedem Jahr wird die islamische Leitkultur unter den Migranten stärker, tritt sie aggressiver auf“ (Kelek im Tagespiegel vom 27.2.2005). Und gleichermaßen widerlegt Kelek die Behauptung, „Ehrenmorde“ hätte mit dem Islam, also mit der Religion, nichts zu tun:

„(Der Islam ist) in der Frage von Leben und Tod voller Widersprüche. Auf der einen Seite wird der Mord verdammt, aber es lassen sich eine Vielzahl von Beispielen (...) finden, die das genaue Gegenteil belegen, ja die Morde geradezu legitimieren“.

Sie belegt dies mit Beispielen wie dem folgenden:

„Es ist nicht erlaubt, einen Moslem zu töten, außer für eines der drei Verbrechen: 1. Ein verheirateter Mann oder eine verheiratete Frau, der oder die (bewiesenermaßen) Ehebruch begeht, 2. Wenn er einen anderen Moslem getötet hat, 3. wenn er dem Islam den Rücken kehrt (die Lebensweise in der Öffentlichkeit ablehnt) und sich von ihm und der islamischen Gesellschaft abwendet. Und Mohamed soll gesagt haben: ‚Wer auch immer wechselt (den Islam als Lebensweise ablehnt) tötet ihn‘“ (ebd.).

Die „Weisheiten“ der Islamisten, schreibt Kelek, „stammen aus der Wüste Arabiens, den Bergen Kurdistans, den Weiten Anatoliens, in denen seit tausenden Jahren ein archaischer Kodex überlebenswichtig zu sein scheint und hier ungebrochen weitergelebt wird“ (ebd.).

Zu den Leitbildern von Männlichkeit in den muslimischen Subkulturen

Mit welchen Leitbildern wachsen die Jungen in diesen Subkulturen in Deutschland auf, die sie ermutigen, deutsche Frauen als Respektspersonen zu ignorieren, ihre eigenen Schwestern zu kontrollieren bis hin zum Mord wegen vermeintlicher Ehrverletzung? Wie ließe sich dem entgegenarbeiten und eine Ermutigung fördern, das Gewaltsystem, in dem sie selbst auch Opfer sind, abzulehnen und sich zu demokratischen Wesen zu entwickeln, die Menschen- und Frauenrechte achten und eine Religion hinterfragen, die Frauen versklavt, das Töten bei Nichtbeachtung religiöser Vorschriften erlaubt und allein eine Abwendung von der Religion mit schweren Strafen bis hin zum Tode bedroht? Wenn die Jungen in den Koranschulen, in die sie, wie gesagt, von ihren Eltern oft schon als Kinder geschickt werden, lernen:

- „Die Männer aber stehen über den Frauen, weil Gott sie vor diesen ausgezeichnet hat“
- „Und wenn ihr fürchtet, dass Frauen sich auflehnen, dann mahnt sie, meidet ihr Ehebett und schlägt sie“ (Sure 4, Vers 34)
- „Die Weiber sind euer Acker, geht auf euren Acker wie und wann ihr wollt“ (Sure 2, Vers 224)

dann bildet sich fast unvermeidlich ein extrem patriarchales Männlichkeitsbild heraus, das Gleichstellung widerspricht, Menschenrechte ignoriert und in den türkischen Parallelgesellschaften den Jungen konkret vorgelebt wird. Auch in der christlichen Bibel finden sich gleichermaßen patriarchale, frauenverachtende Texte, aus denen christliche Männer eine Legitimierung (sexueller) Gewalt gegen Frauen ableiten (vgl. Hagemann-White 1995) und die von feministischen Christinnen scharf angeprangert werden. Es ist ein patriarchales Muster, das sich in diesen Religionen niederschlägt und den tiefen Wunsch nach aufgehobenheit in einem Gott zur Absicherung männlicher Macht gegenüber Frauen funktionalisiert. Gegen diesen Machtanspruch kämpfen Frauen auf der ganzen Welt und fordern eine Männlichkeit, die diesem Machtanspruch eine klare

Absage erteilt und Achtung vor Frauen im Gleichberechtigungskonzept erlernt.

Solange der Machtanspruch von Männern über Frauen besteht und durch Religion sowie durch Tradition legitimiert und gefördert wird, ist Gewalt von Jungen und Männern gegen Mädchen und Frauen, aber auch gegen andere Männer, vorprogrammiert. Die antiquierten, archaischen Leitbilder von Männlichkeit produzieren einen Anspruch auf Respekt, schreiben Findeisen und Kersten (1999). Die Folge ist andauernd und häufig provokativ vorgebrachte Einklagung von Respekt: „Anspruch auf (Wieder)herstellung einer männlich dominierten Welt“ (ebd., S. 145). Einig seien sich diese Jungen in der Betonung heterosexueller Potenz, Homophobie und Dominanz über Frauen. Körperliche Gewalt gegen Frauen sei nur öffentlich verpönt, Schutz der Frauen beziehe sich lediglich auf andere Männer zur Sicherung eigener Verfügungsmacht. Im privaten Bereich würden die Frauen misshandelt (vgl. ebd., S. 147).

In der Jugendforschung werden primär soziale Ausgrenzungserfahrungen, erlebte Gewalt und Verunsicherungen zur Erklärung für machohaftes und gewalttätiges Verhalten von muslimischen Jungen herangezogen (vgl. Müller 1999, Pfeiffer/Toprak 1999). Doch scheint das Männlichkeitsverständnis, aus dem so viele Probleme erwachsen, primär in traditionellen Vorstellungen und Praktiken der türkischen Migranten begründet zu liegen. So schreibt Atabay aus der Beratungsarbeit mit männlichen Migranten in München: „Jungen werden schon in sehr frühem Alter zu dem gemacht, dem sie nicht gewachsen sind, nämlich dem „Mann“-Sein. Was das allerdings ist und wie ein Mann das wird, das bleibt offen und diffus“ (Atabay 1999, S. 76). Diese Unklarheit – die übrigens gleichermaßen für deutsche Jungen zutrifft – bleibt offenbar im Leben von türkischen Männern durch anhaltende Ängste, sich nicht als männlich zu erweisen, die Männlichkeit abgesprochen zu bekommen, weiterhin virulent, was oft zu gewalttätiger Selbstbestätigung von Dominanz und Bestimmungsmacht gegenüber den Frauen und in der Erziehung der Kinder führe (vgl. ebd.). Den Jungen fehle oft

eine positive Beziehung zu ihren Vätern. Sie erlebten sie oft als gewalttätig, ohne Liebe, Zuneigung und Anerkennung und kämpfen dennoch um ihre Anerkennung, indem sie z.B. Erwartungen nach Verteidigung der Familienehre erfüllen. Die Gruppe der Gleichaltrigen ist für sie „der einzige Ort der Zuwendung und Wärme“ (Atabay 2000, S. 4).

Die Jungen erleben darüber hinaus, dass Männer auch ihre Ehefrauen nicht lieben dürfen und dass diesen innerhalb der Familie eine rechtlose Dienerinnenrolle zugewiesen wird. Andererseits sollen sie wiederum ihre Eltern lieben, vor allem die Mutter und sich selbst als Eigentum der Eltern begreifen, denen sie im Sinne einer „Daseinsschuld“ zu gehorchen haben. Es ist schwer vorstellbar, dass in diesem Konstrukt eine positive und stabile Geschlechtsidentität entwickelt werden kann.

Die Widersprüche zwischen einer Tradition, auf die sich offenbar viele Türken berufen, und der deutschen Gesellschaft mit ihren zum Teil wesentlich unterschiedlichen Vorstellungen und Praxen von Familie, Geschlechterrollen und Männlichkeit (obwohl in vielem auch ähnlich) erschweren zusätzlich eine positive Orientierung, was durchaus anfällig machen mag für klare Regeln in der Religion. So bezeichneten sich auch alle türkischen Schülerinnen und Schüler, die Necla Kelek 1998 für ihre Studie „Islam im Alltag“ interviewte, als religiös. „Gott ist für mich alles“ (Kelek 2000, S. 166) formuliert es einer der Jungen, denn er helfe und verzeihe ihm, aber strafe ihn auch. Voraussetzung sei allerdings, bedingungslos zu glauben. Die offensichtliche Überhöhung der islamischen Religion („Mohamed ... hat uns die Arbeit gegeben, dass wir die anderen ... zu Moslems machen“ ebd., S. 159), als den anderen Religionen überlegen, mag die Lücke ausfüllen, die zwischen Machtanspruch und realem Opferstatus entsteht. In der religiösen Unterweisung wird den Kindern die Welt erklärt und es werden ihnen dabei die religiösen Werte vermittelt, die ihnen als Orientierung dienen.

Im Gegensatz zu Mädchen, bei denen ein Nichteinhalten der religiösen wie traditionellen Regeln lebensgefährliche Folgen

haben kann, hat der Junge kaum Sanktionen zu befürchten, solange er sich grundsätzlich zum islamischen Glauben bekennt: „...Ist eine Sünde, bevor du heiratest, also mit anderen schläfst Nein, für Männer ist das egal, für Jungs, ob die so was machen, ob die so was nicht machen, ist ja egal, aber beim Glauben ... ist das Strafe ...“, sagt der 15-jährige Haidun (Kelek 2002 S. 151). Der Gott des Islam vermittelt sich den Jungen als gewalttätig und erzeugt Angst: „Wenn du nicht betest, wirst du bestraft“ (ebd., S. 157); und Ungläubige würden in der Hölle brennen (ebd., S. 153). „Die aber alles tun, was im Koran steht, werden nach dem Tod direkt ins Paradies geschickt“ (ebd., S. 168).

Dem Jungen wird früh vermittelt, dass die männlichen Familienangehörigen den Schutz der Familie gewährleisten müssen, mit der Begründung, dass „das weibliche Geschlecht als schwach angesehen wird“ (Toprak 1999, S. 79). Die Folge ist eine ständige Kontrolle der jungen Frauen durch ihre eigenen Brüder und andere Männer, damit sie die eng gesteckten Regeln einhalten.

Das absolute Verlangen nach Jungfräulichkeit und die Untersagung von Kontakten mit männlichen Freunden vor der Ehe, das Verbergen des Haars unter dem Schleier usw. bedeuten eine umfassende Unterdrückung von Bestrebungen junger Frauen nach Selbstbestimmung. „Sie wollte wie die Deutschen sein“, rechtfertigten Mitschüler der Thomas-Morus-Oberschule die drei Brüder, die ihre Schwester Hatun Sürücü aus dem Haus gelockt und erschossen haben – eine junge Frau, die mit 15 Jahren verheiratet wurde, sich scheiden ließ, ein Kind alleine groß zog, das Kopftuch ablegte und eine Ausbildung absolvierte. Der Leiter dieser Schule „machte die Hetze und Respektlosigkeit seiner Schüler in einem offenen Brief publik. Es kam heraus, dass die Jungen schon vorher aufgefallen waren, weil sie immer wieder Mädchen beleidigten und provozierten, die kein Kopftuch trugen. Das Entsetzen über die Tat mischt sich seither mit dem Entsetzen über die moralische Verrohung der jungen Männer, die sie gut heißen, und sich dabei offenbar im

Einklang mit den Werten ihrer Gemeinschaft fühlen“ (Lau 2005).

Das Konzept der „Ehre“, die von den männlichen Familienmitgliedern in Altersrangfolge zu verteidigen ist, stellt den Kern des geschlechtsspezifischen Verhaltens dar. Wer die Familienehre nicht verteidigt, wenn regelwidriges Verhalten – vor allem der Frauen – festgestellt wird, verliert seine Ehre, sein Gesicht – dem gilt die größte Angst der Jungen und Männer (vgl. Dia o.J.). Da das Ansehen der ganzen Familie davon abhängt, dass und wie der Mann diese Ehrenretterrolle spielen kann, werden wahrscheinlich „die kleinen Jungs so verwöhnt, so auf den Pascha getrimmt“ (ebd.).

Es scheint sich hierbei um eine völlig überzogene, aufgezwungene Anforderung an die Jungen zu handeln, die ihnen Angst macht und sie zum ständigen Eintrainieren im Hinblick auf spätere Verpflichtungen motiviert, die sich als zum Teil extreme „Macho“-Gebärden darstellen. Hinzu kommt: „In der unsicheren Position zwischen zwei Welten, zwei Kulturen, zwei Ordnungsprinzipien zu leben und beiden nicht zu genügen, das ist der Hintergrund des Machotheaters“ (ebd.). Eine völlig überzogene und brutale Kontrolle über die Einhaltung archaischer patriarchaler Regeln – an denen wohl am grausamsten die Frauen zu leiden haben – kann als Folge dieser Zerrissenheit angesehen, jedoch keineswegs als Lösung akzeptiert werden.

Die Tatsache, dass das hiermit verbundene Männlichkeitskonzept von den Jungen mühsam angeeignet und aufrechterhalten werden muss, verweist auf das Fehlen jeglicher sozusagen naturgegebener Ressourcen, aus denen sich eine entsprechende Rolle ableiten ließe. Die zentrale Definition von Männlichkeit über Sexualität („Männlichkeit bedeutet in erster Linie die Fähigkeit zum Geschlechtsverkehr, alle anderen männlichen Tugenden werden hieraus abgeleitet“; Mihciyazgun bei Atabay 1999, S. 75) markiert die Prämisse der sexuellen Herrschaft über die Frau, die offenbar nicht selten in brutaler Weise umgesetzt wird und den Frauen jegliches Recht auf eine eigene selbstbestimmte Sexualität abspricht, sie zum Gefäß sexu-

eller Entleerung des Ehemannes und zum Uterus für die Produktion seiner Nachkommenschaft degradiert.

Entrechtung der Frau

Das vielfache Leid von Frauen, die sich Necla Kelek in Interviews anvertraut haben, und anderen, die nun aufbegehren und ihre Menschenrechte einfordern, zeugt von einer barbarischen Kultur, wie Necla Kelek mit der Beschreibung ihrer „Aufklärung“ durch eine Tante über die „Kunst der Liebe“ belegt: „Du legst dich hin, machst die Hände zur Faust und schließt die Augen und er kommt und entleert sich“ (Kelek 2005, S. 217). Ein veraltetes Verständnis von ehelicher Sexualität, bei der die Frau dem Mann sexuell zur Verfügung stehen muss, findet sich durchaus auch noch bei deutschen Frauen und Männern (vgl. Godenzi 1989).

Die Doppelmoral in der Order, die Frau dürfe keine lustvolle Sexualität, der Mann jedoch solle so viel wie möglich Geschlechtsverkehr praktizieren (Zitat: „Der Geschlechtsverkehr ist gottgefällig“, Radatz 2002), drückt die Aufrechterhaltung patriarchaler Herrschaftsverhältnisse über die Unterdrückung, ja Verteufelung der weiblichen Sexualität und das Sich-Bedienen ihres Körpers sowie ihrer Arbeitskraft aus und begründet Versklavung der Frauen. Die Regeln selber nehmen den Mann aus der Verantwortung für seine Sexualität, schieben der Frau alle „Schuld“ an seiner sexuellen Erregung zu und stellen ihn als ein Wesen dar, das unfähig zur Selbstkontrolle und zu einem reflektierten, respektvollen Umgang mit dem eigenen Körper und der eigenen Sexualität ist und das schon beim Anblick des Haares einer Frau praktisch nicht an sich halten kann.

All diese Fakten sind uns nicht fremd. Auch unter nichttürkischen Deutschen kämpft die Bewegung gegen (sexuelle) Gewalt von Männern an Frauen gegen die chronische Schuldzuweisung von Tätern an die Opfer (vgl. Heiliger/ Engelfried 1995, Heiliger 2000). Der Vorwurf der Provokation durch Haut, Haar, Schönheit, Lächeln usw., wodurch der Mann seine Triebe nicht mehr unter Kontrolle hätte, ist uns wohl bekannt und zeigt im Grunde das gleiche Muster auf, wie es bei den traditio-

nell denkenden (jungen) Türken der Fall zu sein scheint. Eine sexuelle Sozialisation, die ständig zur Beschäftigung mit der Sexualität führt – ja sexuelle Betätigung mit Männlichkeit gleichsetzt -, produziert am Ende erst das triebhafte Wesen, das sich nicht unter Kontrolle hat. Diesen Prozess haben wir in unserer Studie zur männlichen Sozialisation und potentiellen Täterschaft aufgrund der Aussagen interviewter Männer analysiert und beschrieben (vgl. Heiliger/ Engelfried 1995). Für einen Teil der (jungen) türkischen Männer scheint diese Analyse in extremem Maße zuzutreffen.

So stellt sich die Frage, wie unter den beschriebenen Umständen türkischer Tradition bei jungen Türken ein positives Weiblichkeitsbild, Achtung vor Frauen und Gleichwertigkeit entstehen können. Im islamischen Weltbild scheint dies gar nicht vorgesehen zu sein. Eine Weigerung von Jungen, dieses Weltbild zu übernehmen und einen eigenen Weg zu gehen, wäre notwendig, wird jedoch einerseits schwer sanktioniert und ist andererseits wegen früher Indoktrination über religiöse Vorschriften gar nicht erst denkbar. Auch die alltägliche Sozialisation in der Jungengruppe trägt einen entscheidenden Teil zur Tradierung der alten Normen und Werte bei. Hermann Tertilt beschreibt in seiner ethnographischen Studie „Turkish Power Boys“ (1996), wie sich der Prozess der alltäglichen Vergewisserung und Verstärkung von Männlichkeit im Prinzip der Herausforderung und Gegenherausforderung, symbolisiert durch eine gewalttätige Sexualsprache, in der von ihm beobachteten Gruppe junger Türken in Frankfurt vollzieht. Männlichkeit ist hier assoziiert mit der Dominanz des Penetrierens und ein Synonym dafür, sich anderer zu bedienen. Durch die ständig gebrauchten Begriffe „Ficken und Geficktwerden“ wurden die Dominanzverhältnisse untereinander ausgedrückt und gleichzeitig hergestellt.

Die Berichte aus Frankreich, dass in den Migrantenghettos junge Frauen, die sich der Unterwerfung widersetzen und ihren eigenen Weg gehen wollten, von gleichaltrigen Jungen überfallen, in Keller gesperrt und dort von der ganzen Gruppe vergewaltigt wurden, ist die Fortsetzung der von

Tertilt beschriebenen Verhaltensweisen der von ihm begleiteten Jungen, über sexuelle Gewalt Unterwerfung zu erzwingen. Vorstellungen und Vermittlungen von Sexualität erscheinen in Teilen der türkisch-muslimischen Subkulturen als menschenfeindlich. Frauen erscheinen als Wesen, denen es an den biologischen Voraussetzungen für Vernunft fehle (vgl. Kelek 2002), die verführerisch und teuflisch seien, die benutzt, geschlagen und bei Ausbrechen aus der ihnen zugeordneten Rolle auch getötet werden dürfen. Diese Vorstellungen sind zutiefst frauenfeindlich und menschenverachtend.

Die Zuschreibung als Hure (verachtenswert, Freiwild) für eine Frau, die ihre Sexualität selbstbestimmt lebt, aber zumeist eher für eine, die bloß einen begehrliehen Blick wirft, ist die Zuspitzung der Doppelmoral, der Entrechtung der Frau, des Machtanspruches auf (sexuelle) Herrschaft. „Ni Putes, Ni Soumises“ (weder Huren noch Unterworfenen) ist die Antwort der neuen Protestbewegung junger Migrantinnen in Paris, nachdem eine junge Frau lebendig verbrannt worden war. Die Zeit der Duldung ist vorbei, doch diese Botschaft muss erst noch in den Alltag der muslimischen Gemeinschaften Einzug halten.

Handlungsperspektiven

Es ist notwendig, dass Männer und Jungen öffentlich aussteigen aus diesem oben beschriebenen Konzept, das zu Zwang und Gewalt führen kann. Das Wissen darum, dass viele türkische Männer zu diesem Thema anders denken und sich auch anders verhalten, entkräftet nicht die Brutalität der Vorkommnisse und setzt ihnen nichts entgegen, solange nicht öffentlich aus den Reihen der türkischen Gemeinschaft dagegen vorgegangen wird.

In Dinslaken gingen beispielhaft drei Männer an eine breitere Öffentlichkeit: Celalettin, Cengiz und Murat Yilmaz, die Brüder der von ihrem Ehemann in Dinslaken ermordeten Türel Yalman, die ihren Mann verlassen wollte. Die Brüder hielten mitten in der Stadt eine Mahnwache für ihre ermordete Schwester und informierten die Medien, „damit auch die Bevölkerung weiß, was wirklich los ist“:

„Wir wurden modern erzogen von unseren Eltern, haben uns voll in die deutsche Gesellschaft integriert und sind auch seit einigen Jahren deutsche Staatsbürger. Dieser Umstand, halt modern zu sein, sich seinem Umfeld anzupassen, ist meiner Schwester zum Verhängnis geworden. Erst kamen Droh-SMS ... Drohbriefe ... Drohanrufe a la: 'Wenn du mich verlässt, bringe ich dich um' und das alles durch meinen Schwager, bei dem die Zeit stehen geblieben ist. Sie denken, sie lebten im tiefsten Anatolien der 60er Jahre. Es gibt zigtausend Paare, bei denen der gleiche Umstand herrscht. Liebe wird von Angst überschattet. Es ging meinem Schwager nicht um Liebe oder so. Es ging ihm und seiner Sippschaft ganz einfach darum, was aus ihrer 'Ehre' wird. Bitte helft mir! Es muss endlich ein Ende haben“ (Emma, September/Oktober 2003, S. 39).

Wie wurde dieser Hilferuf in der türkischen Gemeinschaft diskutiert? Wurde er überhaupt zur Kenntnis genommen?

Aus Schweden nun kommt eine ganz neue und hoffnungsträchtige Initiative: Sharaf Hjältar (arabisch für Ehre, schwedisch für Helden), ein Projekt, das nach der Ermordung der 26-jährigen Kurdin Fadime Sahindal im Januar 2002 durch ihren Vater in Uppsala gegründet wurde. Fadime hatte sich selbst einen Partner gesucht. Zunächst reagierte die aufgeschreckte schwedische Gesellschaft mit der Initiierung von Hilfsprojekten für Mädchen und junge Frauen. Erst im Jahr 2003 rückten auch die Männer und männlichen Jugendlichen in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit:

„Es sind diese Jungen, welche die verlängerten Arme ihrer Väter sind. Die ihre Schwestern und Kusinen bewachen. Wir müssen diesen Jungen Unterstützung geben, damit sie wagen, nein zu sagen“, beschreibt der Initiator das Ziel des Projektes. „Sie müssen von dieser Unterdrückung durch den Ehrbegriff befreit werden, damit sie zu Männern heranwachsen können, welche dann einmal den eigenen Willen ihrer Töchter respektieren“ (Wolf 2005).

Das Projekt besteht zurzeit aus acht arabischen Jugendlichen zwischen 17 und 20 Jahren. Unter dem Motto „Mut ist es, für die Freiheit meiner Schwestern zu kämpfen“ ist es die Aufgabe der jungen Männer, die Einstellung ihrer Gleichaltrigen zu beeinflussen, die in einem Umfeld leben, das vom Prinzip der Ehre geprägt ist. Im Herbst 2003 startete das Projekt in einem Stockholmer Jugendzentrum. Die ersten acht „Sharaf-Helden“ wurden theoretisch und praktisch ausgebildet und gingen anschließend mit Vorträgen und Veranstaltungen in Schulen und Jugendzentren. Neben viel Lob und Unterstützung wird Sharaf Hjältar auch kritisiert mit den auch in Deutschland sattsam bekannten Argumenten der Rassismusverstärkung und Diskriminierung des Islam. „Ich versuche, solchen Leuten klar zu machen, dass es nicht um Religion geht“, sagt der Initiator, „es ist das Patriarchat, auf dem die Ehrenkultur sich gründet. Und das gibt es auf der ganzen Welt“ (ebd.). Auch die „Sharaf-Helden“ selber müssen sich verteidigen, wie z.B. Ali Ataken: „Wir hassen nicht etwa unsere Kultur. Wir lieben das Schöne an ihr. Nur das Schlechte wollen wir abwaschen. Und beim Thema Ehre – da gibt es nichts Gutes ... Menschenrechte (muss man) um jeden Preis verteidigen“ (ebd.).

In Deutschland gibt es solch eine Initiative noch nicht, aber der Mädchentreff Madonna in Berlin brachte in Abwandlung eines Spruches der „Sharaf-Helden“ mit Mädchen und Jungen aus dem Kiez die Postkarte: „Ehre ist, für die Freiheit meiner Schwester zu kämpfen“ heraus (www.madonnaedchenpower.de). Die Chancen, zumindest die jungen Muslime zu erreichen, stünden auch in Deutschland nicht schlecht. Die Organisation *Terre des femmes* hat beobachtet, dass viele junge Türken gegen die Ehrvorstellung ihrer Eltern aufbegehren möchten, doch sie wagen es nicht, offen gegen die in den letzten Jahren verschärfte Kontrolle zur Einhaltung der Regeln in den Subkulturen vorzugehen. Auch Necla Kelek stellte fest, dass Schülerinnen und Schüler „den Wunsch hatten, nicht verheiratet zu werden, sondern sich ihren Partner selbst auszusuchen ... In der Realität werden sie sich aber wohl doch anders entscheiden, denn der Respekt vor den Älteren verbie-

tet es ihnen, sich dem Wunsch der Eltern zu widersetzen. ... Wir gehören ihnen nun mal“, sagte der 16-jährige Mete im Interview (Kelek 2002). All dies zeigt, dass an mehreren Ebenen anzusetzen ist, neben den Jungen eben auch bei den Eltern; denn das, was hier immer wieder Respekt genannt wird, ist eigentlich wohl Angst: „Wir haben Respekt vor unseren Eltern, also wir haben Angst vor unseren Eltern“, sagte der damals 15 Jahre alte Haidun (Kelek 2002, S. 149).

Erfolgversprechend scheint die Kooperation mit Imamen zu laufen, denen in den Moscheen ja ein großer Einfluss gerade auf die männliche türkische Gemeinschaft zukommt. In Österreich kamen am 24.4.2005 160 Imame zusammen und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, in der alle terroristischen Gewaltakte verurteilt werden und das ein Bekenntnis zur Chancengleichheit für Frauen enthält; jegliche Verletzung der Rechte und Würde der Frau wird abgelehnt und aufs Schärfste verurteilt (vgl. Die Standard, 25.4.2005).

Literatur:

- Akgün, Lale:* Verachtung – das tödliche Gefühl, in: EMMA, Nov./Dez. 2004, S. 30-31.
- Atabay, Ihami:* Migration und Männlichkeit. Internes Diskussionspapier für das Schulreferat, München 2002.
- Dia, Guido:* Diese Macho-Türken: Hintergründe eines Kulturphänomens, in: Türkei-Broschüre (<http://homepages.teuto.net/cus-dia.html>).
- Die verlorenen Töchter,* in: Spiegel 47/2004, S. 79-88.
- Findeisen, Hans-Volkmar/ Kersten, Joachim:* Der Kick und die Ehre. Vom Sinn jugendlicher Gewalt, München 1999.
- Für uns gelten keine Gesetze,* in: Spiegel 47/2004, S. 60-78.
- Gelling-Rothin, Ilona:* Bad boys in der Schule. Lehrerinnen als Freiwild obszöner Attacken, in: Erziehung und Wissenschaft, 4/2000, S. 6-8.
- Godenzi, Alberto:* Bieder. Brutal. Männer und Frauen sprechen über sexuelle Gewalt, Zürich 1989
- Hagemann-White:* Gewalt in einer sexistischen Kultur, in: Himmel und Hölle. Frauen in Gewaltverhältnissen, 1995.
- Heiliger, Anita/ Constance Engelfried:* Sexuelle Gewalt. Männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, Frankfurt a. M. 1995.
- Heiliger, Anita:* Männergewalt gegen Frauen beenden. Strategien und Handlungsvorschläge am Beispiel der Münchner Kampagne gegen Männergewalt an Frauen und Mädchen/Jungen, Opladen 2000.
- Heiliger, Anita:* Täterstrategien und Prävention, München 2000.
- Heiliger, Anita:* Zu Hintergründen und Grundsätzen einer antisexistischen Jungenarbeit, in: Bieringer, Ingo/ Walter Buchacher/ Edgar J. Forster: (Hrsg.): Männlichkeit und Gewalt. Konzepte für die Jungenarbeit, Opladen 2000, S. 32-38.
- Hirsi Ali, Ayaan:* Muslimische Frauen, fordert eure Rechte ein, in: Lachmann: Tödliche Toleranz: a.a.O., S. 280-286.
- Kehl, Krisztina/ Pfluger, Ingrid:* Die Ehre in der türkischen Kultur – ein Wertesystem im Wandel. Herausgegeben von der Ausländerbeauftragten des Senats Berlin in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk e.V., Berlin 1988.
- Kelek, Necla:* Islam im Alltag. Islamische Religiosität und ihre Bedeutung in der Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern türkischer Herkunft, Münster 2002.
- Kelek, Necla:* Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Innern türkischen Lebens in Deutschland, Köln 2005.
- Kelek, Necla:* Die andere Kultur ist keine Entschuldigung, in: www.tagesspiegel.de vom 22.4.2005.
- König, Karin:* Tschador, Ehre und Kulturkonflikt. Veränderungsprozesse türkischer Frauen und Mädchen durch die Immigration und soziokulturelle Folgen, Frankfurt a. M. 1989.
- Lachmann, Günther* (Hrsg.): Tödliche Toleranz. Die Muslime und unsere offene Gesellschaft, Zürich 2005.
- Landeshauptstadt München* (Hrsg.): Interkulturelle Verständigung. Dokumentation der Fachtagung interkultureller Jungenarbeit, München 1999.
- Lau, Jörg:* „Wie eine Deutsche“, in: Die Zeit vom 24.2.2005.
- Müller, Joachim:* Ambivalentes Aufwachsen in einer modernen Gesellschaft. Über Identität, Orientierung und Handlungsweisen männlicher Jugendlicher türkischer

Herkunft, in: Landeshauptstadt München, a.a.O., S. 45-53.

Ottmeier-Glücks, Franz-Gerd: Über die Notwendigkeit einer antisexistischen Arbeit mit Jungen, in: deutsche jugend, 7-8/1987, S. 343-350.

Ottens, Svenja: Geschlechterrollenorientierungen türkischer Migrantinnen im Spannungsfeld zwischen Herkunftsbindungen und kulturellen Neudefinitionen, in Zeitschrift für Frauenforschung, 1-2/1998, S. 106-121.

Palzkill, Birgit/ Scheffel, Heidi: Selbstbehaftung im beruflichen Alltag von Lehrerinnen, in: Astrid Kaiser (Hrsg.): Frauen-Stärken - ändern Schule, Bielefeld 1996, S. 64-69.

Raddatz, Hans-Peter: Von Allah zum Terror? Der Dihad und die Deformierung des Westens, München 2002.

Reichert, Martin: Wenn das Familiengericht tagt, in: www.taz.de, vom 22.2.2005.

Schiffauer, Werner: Die Gewalt der Ehre. Erklärungen zu einem türkisch-deutschen Sexualkonflikt, Frankfurt 1983.

Schiffauer, Werner: Schlachtfeld Frau, in: www.sueddeutsche.de vom 25.2.2005.

Tertilt, Hermann: Turkish Power Boys, Frankfurt 1995.

Toprak, Ahmed: „Wer sein Kind nicht schlägt, hat später das Nachsehen“. Elterliche Gewaltanwendung in türkischen Migrantenfamilien und Konsequenzen für die Elternarbeit, Herbolzheim 2004.

Toprak, Ahmed: Anti-Aggressivitätstraining und Interkulturalität, in: Sozialmagazin, 10/2004, S. 14-21.

Wolff, Reinhard: Papas verlängerte Arme, in: www.wozch.de vom 27.5.2005.

war das Tagebuch seines Jahrs am Wissenschaftskolleg 1982/83-ein grandioses Sittengemälde Westberlins vor 1989, in dem Sombart seine Hemmungslosigkeit auf die Spitze trieb: Der Fellow fickte unzählige Male Nutten am Nachmittag, während er sich abends kulturellen Genüssen hingab.“

Ich zitiere den darob begeisterten TAZautor, er selber stellt nichts in Anführungsstriche. Er spricht von den Prostituierten in seinem ganzseitigen Kultur-Artikel ganz frei von belästigenden Reflektionen, wie wohl zu und mit seinen Kumpeln von Frauen als Dienstleistende als Nutten eben. Ist die TAZ das Kommunikationsorgan zu kurz gekommener Männer, die ganz öffentlich ihre LeserInnen zusätzlich mit Fehlinformationen belästigen dürfen?

Henry Kissinger, der als Jahrgangslustmolch von Nicolaus Sombart angeführt wird, ist fälschlicherweise in Fulda anstatt Fürth geboren, wie der Autor meint. Man kann nur hoffen, dass die Prostituierten, die damals den Lustmolch Nicolaus Sombart am Nachmittag bedient haben soviel Kohle gemacht haben, dass sie sich über seine Neider von heute noch amüsieren.

Wohl passend zu solchen Männertümeleien passt auch der auf anderer Ebene sich vor dem Sexismus vorbeugende Artikel von Cosima Schmitt in der gleichen TAZ-Ausgabe im Inland. Sie schreibt von Frauen, die nicht als verstümmelt angesehen werden wollen, wenn sie beschnitten werden. So meint sie das“ Nicht mehr nur Opfer sein“ der Frauen befördern zu können, denn MigrantInnen wollen selbst entscheiden, wie sie gegen Beschneidung von Mädchen in Deutschland vorgehen. Ihre Kritik geht gegen die westlichen Frauenrechtlerinnen, deren Aktionen von Afrikanerinnen oft als latent diskriminierend empfunden werden.

Wie sensibel den Beschneiderinnen gegenüber doch die Autorin ist? Nur wie sollen die jungen Mädchen, deren Lust schon früh beschnitten später gegen die Verstümmelung angehen, wenn sie nicht denken sollen, was es ist: Eine VERSTÜMMELUNG und nicht nur eine Beschneidung! Soviel Analyse muß schon sein, insbesondere am internationalen Tag gegen die Verstümmelung von Frauen. Den westlichen Frauenrechtlerinnen ist es zu

Aktionen/Resolutionen/Netzwerke

Was ist nur aus der TAZ geworden?

In der Ausgabe der TAZ vom 6.2.2007 schreibt ein Alexander Cammann über Nicolaus Sombart: „Lustgewinn und Jahrgangszauber“ und fragt sich, warum der 83 jährige Dandy immer noch die Jugend anzieht, womit er sich selbst als thirty-something meint. Eine Antwort findet er selbst: „Journal intime (2003) schließlich

verdanken, dass nicht alle Kulturpraktiken als förderungswürdig hinzunehmen sind, insbesondere wenn es um das Recht auf Unversehrtheit des Körpers geht.

Was ist nur aus der TAZ geworden?

Halina Bendkowski, 8.2.2007

Juristinnenbund: Unterstützung gegen Kindesentziehung

Anlässlich der Pressemitteilung Nr. 7/2007 des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Januar 2007 spricht sich der Deutsche Juristinnenbund (djb) für mehr Unterstützung der Betroffenen bei fortwährender Kindesentziehung aus. In dem vom höchsten Gericht kürzlich entschiedenen Fall verweigerte ein Vater die zur Rückführung des Kindes notwendige notarielle Zustimmungserklärung, obwohl die in Deutschland lebende Mutter das Aufenthaltsbestimmungsrecht für das Kind hat. Er wurde daraufhin zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt. Auch nach der Verurteilung hat er die Unterschrift nach wie vor verweigert. Hier hilft auch die geplante Änderung des Familienverfahrensgesetzes nicht, da nach § 102 FamFG-E zwar Ordnungshaft verhängt werden kann, diese aber 6 Monate nicht überschreiten darf. Jährlich werden Hunderte von Kindern aus Deutschland entführt und dies nicht nur aus binationalen oder nichtdeutschen Familien. Das Leid, das die Kindesentziehung sowohl bei den entführten Kindern wie aber auch bei den zurück bleibenden Familienangehörigen hervorruft ist sehr groß. Der Kontakt zu den in Deutschland lebenden Familienangehörigen - und hierzu gehören in erster Linie die Mütter - reißt in der Regel völlig ab. Nicht selten werden die Kinder der Pflege dort lebender Familienangehöriger überlassen und der andere Elternteil kehrt wieder nach Deutschland zurück, wie es auch in dem Fall geschehen ist, über den das Bundesverfassungsgericht hier zu entscheiden hatte. Das Kind wächst in diesen Fällen dann von beiden Elternteilen getrennt auf. Das Auswärtige Amt und die deutschen Auslandsvertretungen (Botschaften und Generalkonsulate), die immer wieder um Hilfe gebeten werden, haben bei grenzüberschreitenden Kindesentziehungen keine rechtlichen und in der Praxis nur sehr begrenzte tatsächliche Möglichkeiten, um

bei der Rückführung entzogener Kinder nach Deutschland zu helfen. Sorgerechts- und Aufenthaltsbestimmungsfragen sind durchweg in allen Ländern der Welt der Justiz zugeordnet, also den Gerichten. Rückführungen gelingen in der Regel, sofern ein Staat dem „Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung“ vom 25. Oktober 1980 beigetreten ist, ist dies nicht der Fall, gibt es für die Rückführung der Kinder kaum Unterstützung. Die Botschaften und Konsulate berufen sich darauf, dass sie die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik im Ausland vertreten und deshalb nicht zuständig sind. Da die entführten Kinder fast alle die Doppelstaatsbürgerschaft der jeweiligen Nation ihrer Elternteile haben, sind sie in den jeweiligen Ländern, in die sie entführt werden, Inländer/innen, so dass die deutschen Auslandsvertretungen ohnehin nicht zuständig sind.

Ob sie daneben auch die deutsche Staatsangehörigkeit haben, spielt also keine Rolle, in die Belange des Gastlandes dürfen sich die deutschen Botschaften und Konsulate nicht einmischen. Die Betreuung durch die deutschen Auslandsvertretungen ist damit weitestgehend ausgeschlossen und in der Praxis auch nahezu unmöglich.

Der djb fordert die Bundesregierung auf, ihr politisches Gewicht dafür einzusetzen, dass die Staaten, die bisher noch nicht Mitglied sind, dem Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung vom 25. Oktober 1980 beitreten, dieses auch umsetzen und die Familien, die durch eine Kindesentziehung betroffen sind, unterstützen.

Deutscher Juristinnenbund, www.djb.de

Österreich: Schulungen für RichterInnen gefordert

Wien, 29. März 2007: Als wichtiges Signal begrüßen die autonomen österreichischen Frauenhäuser die Ankündigung von Justizministerin Berger, einen neuen Straftatbestand zur Ahndung von Gewalt in Beziehungen zu schaffen. Diese Initiative zeige, dass der Ministerin das Thema ein großes Anliegen sei, erklärt Rosa Logar, Obfrau der autonomen österreichischen

Frauenhäuser und Leiterin der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt. „Wir sind sehr erfreut über diese Initiative, die Bundesministerin für Justiz sollte jedoch auch dafür sorgen, dass die Umsetzung der bestehenden Gesetze verbessert wird“, so Logar. Es gebe bereits eine Reihe bestehender Gesetze, die allerdings in der Praxis nicht immer zum Schutz der Opfer angewendet würden.

Schulungen für angehende RichterInnen gefordert

In Österreich gebe es bereits zahlreiche Straftatbestände, die in Fällen von Beziehungsgewalt zur Anwendung kommen könnten. Leider seien Richterinnen und Richter aber nicht immer über die spezifische Dynamik von männlicher Gewalt an ihren Partnerinnen informiert, um diese auch richtig anzuwenden. „Deshalb fordern wir seit Jahren verpflichtende Schulungen für angehende StaatsanwältInnen und RichterInnen“, so die Leiterin der Wiener Interventionsstelle. Leider sei aus Untersuchungen bekannt, dass nur jede siebte Anzeige wegen Gewalt in der Familie zu einer Verurteilung führe. Dies sei auf mangelnde Sensibilisierung der RichterInnen zurückzuführen.

Einstweilige Verfügung: sofortige Sanktionen für effektiven Opferschutz

Laut Logar wäre es weiters notwendig, bestehende Gesetze in der Durchführung zu verbessern. Das betreffe zum Beispiel die Einstweilige Verfügung nach dem Gewaltschutzgesetz. Wenn diese vom Täter nicht eingehalten werde, müsse das Opfer ein neuerliches und langwieriges Exekutionsverfahren führen, bis es zu einer Sanktion komme. Logar: „Wenn hier ein neuer Straftatbestand geschaffen würde und eine sofortige Sanktion erfolgt, wäre das für die Opfer eine wesentliche Verbesserung.“

Einstweilige Verfügung: Verlängerung auf ein Jahr

Die Einstweilige Verfügung sollte auf ein Jahr verlängert werden, so wie es bei Stalking-Fällen vorgesehen ist und auch nicht mit einem abgeschlossenen Scheidungsverfahren beendet sein. Die Scheidung sei zwar das Ende der Beziehung, aber nicht immer das Ende der Gewalt. Der Schutz sollte daher unabhängig vom Familienstand sein. Rosa Logar: „Wir sind zuversichtlich, dass die Justizministerin

dafür sorgen wird, alle bestehenden Lücken beim Schutz von Opfern vor Gewalt zu schließen.“

Weitere Informationen: Rosa Logar, Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie, Tel. 0664/3119458

rosa.logar@interventionstelle-wien.at

Recht auf sexuelle Selbstbestimmung auch für Frauen in Portugal!

Alle sieben Minuten stirbt eine Frau infolge einer inkorrekt ausgeführten, illegalen Abtreibung. Je liberaler die Gesetzgebung und Informationspolitik ist, umso geringer ist die Zahl der Abtreibungen. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Recht aller Frauen auf sexuelle Selbstbestimmung von konservativen und radikalen Kräften unterlaufen wird. Gerade wir SozialdemokratInnen im Europäischen Parlament kämpfen daher für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung für die Frauen - auch in Portugal und haben die Pro-Kampagne unterstützt. Deshalb rufe ich alle Frauen und Männer Portugals auf für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts und damit für mehr Rechte der Frauen zu stimmen! Das Rad der Zeit wollen 51 Abgeordnete des Europäischen Parlaments zurückdrehen und erneut den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung absprechen. Eine Reihe von ChristdemokratInnen, darunter Elmar Brok, Ingo Friedrich, Angelika Niebler und auch die ultrakonservative Vorsitzende des Frauenausschusses im Parlament Anna Zaborska unterzeichneten eine Erklärung, die sich gegen eine Liberalisierung des Abtreibungsrechtes in Portugal ausspricht.

Weitere Informationen zum Thema unter: www.lissy-groener.de

lissy.groener@europarl.europa.eu

Protestbrief gegen Frauenmorde in Mexiko

Mit großer Trauer und ebenso großer Empörung erleben wir, dass sich die abscheuliche Serie von Frauenmorden in und um Ciudad Juárez/Chihuahua unverändert fortsetzt.

Wir appellieren an die mexikanischen Behörden, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Gesetz, den internationalen Men-

schenrechtsabkommen und den betroffenen Frauen und Familien selbst nachzukommen und

- einen wirksamen Schutz der Frauen vor Missachtung und Misshandlung zu gewährleisten,
- mit Nachdruck nach den Verschwundenen zu suchen
- sowie die Täter unnachsichtig zu ermitteln und zu bestrafen und nicht durch Straflosigkeit zu weiteren Untaten zu ermutigen.

Wir appellieren an Sie als deutsche Politiker, ihren Einfluss auf ihre mexikanischen Partner, insbesondere den neuen Präsidenten Felipe Calderón Hinojosa, geltend zu machen, dass der mexikanische Staat diesem inzwischen weltweit bekannten Paradigma systematischer, brutaler Verletzung der Menschenrechte von Frauen endlich ein Ende setzt.

Wir sind uns bewusst, dass auch hierzulande Diskriminierung und Misshandlung von Frauen zur Tagesordnung gehören. Ein entschlossenes Vorgehen gegen die extrem krasse Gewaltorgie in „der Stadt der toten Mädchen“ wäre ein Signal dafür, dass der Gewalt gegen Frauen ernsthaft der Kampf angesagt wird, so wie Ciudad Juárez jetzt noch ein Symbol für politisches Gewährenlassen, wenn nicht gar Komplizenschaft ist.

KIOS, Koordination für internationalen und ökumenischen Studienaustausch

Verantwortlich: H. Ihmig, Beim Rauhen Hause 30, 22111 Hamburg

**Jedes Ziel ist ein Zuhause
Vor dem G8-Gipfel:
Bombodrom besiedeln!**

"Der Widerstand für eine FREIE HEIDE könnte zu einem Kristallisationspunkt der Friedensbewegung werden, zu einem starken Symbol für unsere Ablehnung der Kriegspolitik, wie sie in den 'Verteidigungspolitischen Richtlinien' festgeschrieben wurde". Mittlerweile 29 Organisationen und Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet rufen für den 1. Juni 2007 dazu auf, das Bombodrom-Gelände in der Kyritz-Ruppiner Heide zu besiedeln. Mehrere Fahrradkarawanen und die Euromärsche gegen Prekarisierung (1) wollen auf ihrem Weg nach Rostock in der Heide Station machen. Auch die C.I.R.C.A. (Clandestine

Insurgent Rebel Clown Army) hat begonnen, ihre Einheiten für den 1.6. zu mobilisieren. Passend zum "Internationalen Tag des Kindes" beteiligt sich die "Aktion Ferien vom Krieg" mit einer Präsentation von Unterschriften gegen den Krieg, die Kinder aus Kriegsgebieten im Nahen Osten und im ehemaligen Jugoslawien gesammelt haben.

Neues Symbol des antimilitaristischen Widerstands sind rosa Pyramiden. Warum Pyramiden? Im Luftkrieg, wie er in der Heide geübt werden soll, werden die Lebensräume der Zivilbevölkerung zu militärischen Zielen. Im Zielgebiet auf dem Bombodrom-Gelände werden diese Orte abstrakt durch eine hölzerne Pyramide dargestellt, die den Bomberpiloten als Orientierung dienen soll.

Wer in einer solchen, zur Hütte ausgebauten Pyramide das Gelände besiedelt, oder wer eine solche Pyramide im eigenen Lebens- oder Arbeitsbereich aufstellt, bringt damit zum Ausdruck: "Wenn irgendwo Bomben fallen, dann treffen sie uns alle."

Und warum rosa?

Weil sich gezeigt hat, dass diese "unmännliche" Farbe bei Militärs besonders unbeliebt ist. Als im Jahr 2002 AktivistInnen einen ehemaligen russischen Kommandoturm rosa strichen und zum "Pink Point Tourismuscenter" erklärten, versuchte die Bundeswehr sofort, die rosa Farbe abzuspritzen - vergeblich. Die Farbe hielt, der "Pink Point" war ein deutlich sichtbares Symbol des Widerstands, bis ihn die Bundeswehr Ende 2005 abreißen ließ. Die DFG-VK hat das Symbol der rosa Pyramide aufgegriffen und erstellt dazu derzeit Materialien, und einige Gruppen denken darüber nach, wo sie eine Pyramide aufstellen können - z.B. auf einem öffentlichen Platz in ihrer Gegend oder beim Kirchentag. (2)

Der Aktionstag am 1.6. wird organisiert vom Bündnis "No War - No G8". Dieser lose Zusammenschluss von autonomen und friedensbewegten Gruppen vor allem aus Berlin und Brandenburg hat sich zum Ziel gesetzt, den Zusammenhang zwischen G8 und Krieg an zwei Orten sichtbar zu machen: in der Kyritz-Ruppiner Heide und am Flughafen/Fliegerhorst Laage, wo das Jagdbombergeschwader 73 stationiert ist und wo beim G8-Gipfel die RegierungsvertreterInnen einfliegen

werden.

"Die Politik der Globalisierung, wie sie die G8 betreiben, führt in zahlreichen Ländern zu unerträglichen Lebenssituationen für die Menschen und stößt auf Widerstand. Sie lässt sich deshalb in letzter Konsequenz nur mit Repression und militärischer Gewalt gegen die Betroffenen durchsetzen. G8 und Krieg, Flucht, Migration gehören zusammen", heißt es im Bündnis-Flugblatt. (3)

Am nächsten Tag geht es weiter nach Rostock. Mit dem Aktionstag am Bombodrom, so hoffen die im Bündnis zusammengeschlossenen Gruppen, kann sich die Friedens- und antimilitaristische Bewegung unmittelbar vor dem Gipfel deutlich sichtbar machen und ihren Forderungen Nachdruck verleihen.

Wie vielerorts, wo zur Zeit für den G8-Protest geplant wird, ergeben sich auch hier spannende Bündnis-Konstellationen. Bei den Bündnistreffen sitzen Leute, für die das Wort "gewaltfrei" ein fast schon selbstverständliches Attribut zum Wort "Aktion" ist, zusammen mit Leuten, für die "gewaltfrei" ein Wort aus dem Herrschaftswortschatz ist, das sie ungern verwenden. Erfreulich einig sind wir uns im Bündnis, was unsere Analyse und Forderungen betrifft - und auch was die Aktionsform am 1.6. angeht. Öffentliches Pyramidenbauen in den Dörfern rund um den Platz, die Besiedelung des Geländes, evtl. der Bau einer Musterhütte oder eines Gemeinschaftshauses, das Bombodrom der Clowns, ein Frühstück am Pink Point zum Abschluss – wir haben uns geeinigt, die Aktion so klar wie möglich zu beschreiben, statt sie mit Attributen zu belegen, die für alle etwas anderes bedeuten. Den Charakter der Besiedelung sowie die besonderen Bedingungen des Widerstands vor Ort wollen wir auch im Gespräch mit den beteiligten Gruppen deutlich machen.

Unterschiedliche politische Kulturen zeigen sich u.a. bei der Form der Mobilisierung: Während unser mit "Bündnis No War - No G8" unterzeichnetes Flugblatt mit kleingedruckter Analyse und Forderungen manche anspricht, fragen andere eher danach, was genau für Aktionen geplant sind und, vor allem, wer noch mit dabei ist. Deshalb gibt es jetzt auch den kurzgefassten Aufruf zum Unterzeichnen. (4)

Ostermarsch: "15 Jahre auf dem Weg zur FREIen HEIDe"

Vor dem G8 steht der Region noch ein anderes Großereignis ins Haus: der Ostermarsch. Los geht es am Ostersonntag, den 8. April, um 14 Uhr auf dem Dorfplatz in Fretzdorf (3 Minuten vom Bahnhof). Ein guter Anlass, in die Region zu kommen, sich mit der Gegend vertraut zu machen und vielleicht schon ein lauschiges Plätzchen für die eigene Pyramide auszusuchen.

Die Bürgerinitiative FREIe HEIDe, Veranstalterin des Ostermarsches, ruft nicht mit zum Aktionstag am 1.6. auf. In der Initiative herrscht die Meinung vor, dass eine Erhöhung des politischen Drucks durch Aktionen Ziviler Ungehorsams eine Eskalation des Konflikts darstellen würde, die zur Zeit schädlich wäre, weil sie einen großen Teil der lokalen Bewegung überfordern würde. Eine stärkere Betonung der friedenspolitischen Forderungen könnte darüber hinaus Leute ausschließen, die hauptsächlich aus wirtschaftlichen oder ökologischen Gründen gegen das Bombodrom sind. So ist für die BI FREIe HEIDe das besondere Ereignis dieses Jahres nicht der G8, sondern das 15-jährige Bestehen der Initiative. Eine Reihe von Mitgliedern der FREIen HEIDe unterstützt jedoch persönlich den Aktionstag.

Neues von den Gerichten.

Vor Gericht haben die GegnerInnen des Bombodroms in den letzten Monaten weitere Erfolge erzielt. Die im Dezember 2005 von der Bundeswehr eingeleiteten neuen Eilverfahren sind inzwischen abgeschlossen mit dem Ergebnis, dass weiterhin kein Übungsbetrieb stattfinden darf, weil einige der KlägerInnen vorläufigen Rechtsschutz bekommen haben. Für dieses Jahr werden die Entscheidungen im eigentlichen Hauptverfahren vor dem Verwaltungsgericht Potsdam erwartet. Danach geht es in die nächste Instanz, so dass mit einem Abschluss der Verfahren noch lange nicht zu rechnen ist.

Für einige Aufregung sorgt zur Zeit ein Brief, den Verteidigungsminister Jung am 15. Januar an den brandenburgischen Ministerpräsidenten Platzeck geschrieben hat. Darin spricht er sich für ein neues Lärmschutzgutachten aus und fügt hinzu,

sollte dieses Gutachten "wider Erwarten die Unverträglichkeit der Schutzinteressen der Region mit den Plänen der Bundeswehr erweisen (...), wäre über eine Änderung der Nutzungspläne oder über einen Verzicht auf den Luft-Boden-Schießplatz Wittstock zu befinden". Im "Ruppiner Anzeiger" wird dieser Satz als ein erster Schritt zum Rückzug, als ein "weit offenes Hintertürchen" interpretiert. Die "Märkische Allgemeine" dagegen zitiert einen Sprecher des Verteidigungsministeriums: "Es besteht keinerlei Veranlassung, die Pläne zu ändern. Wir brauchen diesen Platz."

Die Pläne ändern, das tut die Bundeswehr allerdings andauernd: Im Rahmen einer Konferenz zur Rolle der Bundeswehr in Linow wurde im letzten Herbst bekannt, dass das dem Gerichtsverfahren zugrunde liegende Betriebskonzept nicht mehr aktuell ist. Tieffliegende Tornados mit un gelenkten Bomben sind out, hochfliegende Eurofighter mit gelenkten Bomben sind in. Und selbstverständlich, so Rainer Arnold (SPD), Mitglied im Verteidigungsausschuss, würden sich die Einsatzszenarien und damit auch die Übungsszenarien ständig verändern, und die Bundeswehr sei da nicht unbedingt transparent - auch wenn das im vorliegenden Verfahren "juristisch nicht glücklich" sei. Noch lange keine Entwarnung also. Die Kampagne "Bomben Nein - Wir gehen rein" (5) führt zur Zeit eine Veranstaltungsreihe in den Dörfern rund ums Bombodrom durch, um die konkreten Vorbereitungen für den Zivilen Ungehorsam im Falle der Inbetriebnahme einen Schritt weiter zu bringen. Ulrike Laubenthal, Sichelschmiede

Anmerkungen

- (1) euromarsch2007.labournet.de
- (2) Wer beim Kirchentag Pyramiden bauen will, kann sich koordinieren mit den Leuten vom Friedenshof, info@friedenshof.org, 05073-7022.
- (3) Voller Text und mehr Infos unter www.g8andwar.de
- (4) Zu finden über www.g8andwar.de oder www.sichelschmiede.org
- (5) Infos und Links zu dieser und anderen laufenden Aktionen und Kampagnen unter www.sichelschmiede.org
<http://www.graswurzel.net/317/freieheide.s>

html

"Zero Toleranz gegenüber Genitalverstümmelung": Vor der eigenen Haustüre kehren!

Die grausame Praxis der Genitalverstümmelung wird seit Jahren von der Bundesregierung als schwere Menschenrechtsverletzung und Gewalt gegen Frauen verurteilt. Das ist die "Theorie" ...Aber ihre Durchführung an Mädchen, die in Deutschland leben, wird durch Wegsehen und Nicht-Eingreifen geduldet:

- Obwohl Genitalverstümmelungen diverse Straftatbestände (z.B. § 223, § 224, § 225 StGB) erfüllen und die dichten Hinweise auf die große Anzahl minderjähriger Verstümmelungsoffer in unserem Land ein bedrückendes Bild skizzieren, wurde bisher kein einziger Fall gerichtlich verhandelt, der diese Verbrechen zum Gegenstand hatte.

- Prävention im Sinne von Schutz der hier lebenden Mädchen existiert praktisch nicht. Lediglich in einem einzigen Fall wurde durch eine Gerichtsentscheidung die Gefahr einer drohenden Genitalverstümmelung im afrikanischen Herkunftsland für ein Mädchen abgewendet. Den anderen ca. 30.000 gefährdeten Mädchen, die in der Bundesrepublik leben, wird dieses Recht auf Schutz ihrer körperlichen Unversehrtheit bislang versagt.

Die Möglichkeit, Präventionsmaßnahmen einzuleiten, basiert nach wie vor auf der zufälligen Entdeckung von Einzelfällen durch Menschen, für die Zivilcourage kein Fremdwort ist.

Dieser Zustand trägt in keiner Weise der Verantwortung Rechnung, der sich die Bundesregierung durch die Ächtung der Verstümmelungspraxis verpflichtet hat. Vor allem wird die Tatsache ignoriert, dass - solange keine stichhaltigen Beweise für das Gegenteil erbracht werden - alle minderjährigen Mädchen, deren Eltern aus Ländern stammen, in denen Genitalverstümmelungen "üblich" sind, akut gefährdet sind. Und dass sie auch hierzulande verstümmelt werden (können) - deshalb einer spezifischen Risikogruppe zugeordnet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund hat das Lobby-Mitglied Ines Laufer ein Präventionsprogramm erarbeitet, mit dessen Implementierung sofortiger, nachhaltiger und umfassender Schutz für alle Mädchen der Risikogruppe möglich und gleichzeitig der Erfolg messbar wird: www.lobby-fuer-menschenrechte.de/worte_genital01.html Es beinhaltet die nachhaltige Verhinderung von Genitalverstümmelungen in Deutschland und in europäischen Nachbarländern; sowie die konsequente Unterbindung der Möglichkeit, auch nur ein einziges Mädchen zum Zweck seiner Verstümmelung nach Afrika zu bringen. Mit der Einführung dieses Programms könnte Deutschland eine Vorbildfunktion in Europa und der Welt einnehmen und der Willensbekundung "Zero Toleranz gegenüber Genitalverstümmelungen" erstmals Ernsthaftigkeit verleihen.

Die *Lobby für Menschenrechte* fordert: Die bisherige Duldung von Genitalverstümmelungen in Deutschland ist nun endlich ohne Wenn und Aber konsequent zu beenden. Allen gefährdeten Mädchen ist umfassender Schutz zu gewähren. Besser gestern als heute!

http://www.lobby-fuer-menschenrechte.de/start_0001_2007.html

Gender – wer braucht es und wozu?

Glosse von Luise F. Pusch

Die meisten Menschen wissen nicht, was "Gender" bedeutet – ich auch nicht. Aber da das Wort ja überall vorkommt, am häufigsten wohl in dem von der EU verordneten Wortungetüm "Gender Mainstreaming", habe ich mir mal meinen eigenen Reim darauf gemacht. Brauchen wir denn das Wort "Gender" überhaupt? Ich glaube nicht – es war mehr eine gedankenlose Übernahme aus dem Englischen, wie sie im Deutschen ja oft vorkommt.

Im Englischen erfüllt das Wort eine wichtige Funktion. "Und im Deutschen nicht? Wie soll das denn zugehen?" werden viele jetzt fragen.

Dazu eine kleine Anekdote: Mitte der siebziger Jahre, ich bekomme Besuch von der Sekretärin unseres Fachbereichs. Auf meinem Tisch sieht sie das Buch „Sexis-

mus – über die Abtreibung der Frauenfrage“ von Marieluise Janssen-Jurreit liegen. Sie sieht mich vorwurfsvoll an: "Also Luise, das hätte ich ja nicht von dir gedacht, daß du solche Bücher liest!" "Wieso? Was meinst du denn?" frage ich verblüfft. - "Na solche Sachen eben, über Sex uns so."

Sie kannte das Wort "Sexismus" bis dahin nicht, es war ja auch erst vor kurzem aus dem Englischen übernommen worden. Wohl aber kannte sie das Wort "Sex". Daß es außer "Geschlechtsverkehr" auch noch "Geschlecht" bedeutet (wie in "Geschlecht: weiblich"), wußte sie nicht, ebensowenig, daß "Sexismus/sexism" eine Abwandlung von "Rassismus/racism" ist mit der Bedeutung "Diskriminierung aufgrund [nicht der Rasse, sondern] des Geschlechts" – fast immer des weiblichen, versteht sich.

Als einige Jahre später der akademische Feminismus in den USA das neue Wort "Gender" auf den Markt brachte mit der Erläuterung, man unterscheide jetzt zwischen "Sex" und "Gender", und Sex sei das biologische und Gender das soziale Geschlecht - da fragten wir uns lange und bis heute, wo denn da der Unterschied sei. Wie zum Beweis der Überflüssigkeit der neuen Wortschöpfung wurde übrigens das Wort "sexism" beibehalten. Von "genderism" war nie die Rede. Anscheinend brauchte man das nicht. Und für das Original - "racism/Rassismus" - brauchte es auch keine Aufspaltung in "biologische" und "soziale Rasse" – obwohl gerade im Fall der "Rasse" die Differenzierung zur "sozialen Rasse" sinnvoll wäre, denn die Biologie kann dem Begriff "Rasse" nichts Greifbares zuordnen. Offenbar ist "Rasse" im Sinn von "biologische Rasse" eine rassistische Erfindung.

Welchen Zweck erfüllt das Wort "Gender" wirklich? Es dient der Distanzierung von unerwünschten Assoziationen an "Sex". Viele dem Feminismus fernstehende Menschen in den englischsprachigen Ländern mögen sich damals genau so gefragt haben wie unsere Fachbereichssekretärin, was denn diese neue Bewegung da dauernd über Sex redete. Die hatten ja wohl nur Sex im Kopf!

Um diesem teils naiven, teils hämischen Gerede den Anlaß zu nehmen, behalf man sich erst mit "sexes" statt "sex": Untersu-

chungen trugen nun Titel wie "Language, Power and the Sexes". Die Deutschen machten es wieder nach und kreierten die "Geschlechterforschung".

Aber der Plural war auf die Dauer doch etwas umständlich – und erinnerte immer noch an Sex. Ein neues Wort mußte her. Man bediente sich in der Fachsprache der Grammatik und Linguistik. Das grammatische Geschlecht (Wörter können feminin oder maskulin sein) heißt auf Englisch "gender", von lateinisch "genus" = "Art, Klasse, Sorte".

Das neue Wort war also gefunden, für böse Witzeleien gab es keinen Grund mehr. "Language, Gender and Power" – das wars doch! Nix mehr mit "Sex and Power" wie "Sex and Crime"!

Jetzt brauchte das neue Wort nur noch eine Bedeutung - kein Wort mag schließlich ganz ohne Bedeutung herumlaufen! "Gender" klang abstrakt, roch mehr nach Grammatik als nach Sex. Also da wäre eine abstraktere Bedeutung doch sehr passend: Das "soziale Geschlecht" war geboren.

Im Deutschen wäre es dagegen nicht nötig gewesen, ein neues Wort zu finden. Wir untersuchten "Sprache, Geschlecht und Macht", und die Leute ignorierten uns statt an Sex zu denken.

Daß wir uns nun wegen einer unseligen Doppeldeutigkeit der englischen Sprache im Deutschen mit einem Anglizismus herumplagen müssen, der zudem nur heiße Luft bezeichnet – ist ärgerlich. Aber es kommt noch besser!

In den neunziger Jahren wurden nämlich aus "women's studies" (Frauenstudien) oder "feminist studies" die heute vorherrschenden "gender studies". Manchmal wurde das noch mit "Geschlechterstudien" übersetzt. Aber Beherzte beließen es gleich bei "gender studies", z.B. richtete mein eigener Verlag, Suhrkamp, in seiner feinen Reihe "edition suhrkamp" eine Abteilung "gender studies" ein.

Das sinnleere Wort erfüllte nämlich einen weiteren Zweck, viel wichtiger und elementarer als die Abwehr von Sex-Assoziationen: "Gender" hatte nicht den Haut-goût der "Frauen-" oder "feministischen Studien", mit denen sich ein richtiger Mann in der akademischen Welt ja unmöglich gemacht hätte. In den 90er Jahren flossen endlich Gelder für diese

neue Forschungsrichtung, manche fanden sie sogar schick. Den Schick und die Gelder konnte man doch nicht allein den Frauen überlassen. Also "Gender Studies" – die stehen auch einem Mann ganz vorzüglich. Kein Spur mehr von "feministisch" oder "Frauen".

Wie sagte es meine Freundin und Kollegin Senta Trömel-Plötz in ihrem Buch "Frauengespräche" doch so schön und deutlich: "Unvorstellbar, daß 'Black Studies' zu 'Black and White Studies' und 'Gay Studies' zu 'Gay and Straight Studies' würden – nur Frauen ist die Absurdität von 'Gender Studies' zumutbar".

Nachtrag: Die Email-Reaktionen zu dieser Glosse waren überwiegend zustimmend, viele fanden aber "Gender" doch ganz nützlich - kurz, das Ganze sei ein weites Feld. Finde ich auch - mein Text soll u.a. eine Debatte darüber anregen.

Luise F. Pusch am 25.02.2007

Themen

Die Lebenssituation deutscher Frauen im internationalen Vergleich - Ergebnisse empirischer Studien 1997-2006

Weltweit bestimmen 14 Frauen zurzeit die Regierungsgeschäfte. In den Vorstandsetagen der 200 größten Unternehmen der Welt sitzen nur rund 10 Prozent Frauen. Nach der Schule gelangen Mädchen gegenüber Jungen häufiger in schlecht bezahlte Positionen, obwohl sie oft die besseren Noten haben. Statistisch gesehen wird jede dritte Frau einmal in Ihrem Leben vergewaltigt, geschlagen, zum Sex gezwungen oder auf andere Weise missbraucht. Jede Minute stirbt mindestens eine Frau an den Folgen von Schwangerschaft und Geburt.

Gender Mainstreaming ist durch den Vertrag von Amsterdam 1997 europarechtlich verankert. Das Konzept verspricht die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgeschriebene Gleichberechtigung der Geschlechter zu festigen und vorhandene Ungleichheiten aufzulösen. Die Umsetzung des Gender Mainstreaming, ein Mitdenken der weiblichen und männlichen Perspektiven bei jeder

Neuerung und Umgestaltung - ähnlich dem Finanzplan -, erfordert ein umfangreiches Wissen über die genderspezifische Lebenswirklichkeit.

Das hat die statistische Landschaft in den letzten Jahren verändert, erst zögerlich und dann in großen Schritten. In der EU sind diesbezüglich umfangreiche Datensammlungen veröffentlicht worden, aber auch in der BRD wurden vernachlässigte Untersuchungen durchgeführt. Es existiert inzwischen eine Fülle an Daten quantitativer Bestandsaufnahmen. Welche Frauen haben wie viele Kinder, wer verdient welchen Lohn oder ist arbeitslos, wie hoch sind die Frauen- und Männerquoten in den Parteien, wer engagiert sich in welchem Verein und bekleidet welche Position und welches Medium wird vom wem genutzt etc.? Die Recherchen sind jedoch nach wie vor zeitaufwendig und bedürfen oft einer zusätzlichen Kontextualisierung der Geschlechterverhältnisse.

Hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie möchte ich das kurz erläutern. Trotz der seit 2001 geltenden Neuregelung der Elternzeit haben nur 4,9% der Väter in den ersten zwei Lebensjahren Erziehungsurlaub in Anspruch genommen - vorausgesetzt beide Elternteile waren vor der Geburt des Kindes erwerbstätig. Dies ergab eine Zwischenbilanz des Bundesfamilienministeriums vom Juni 2004 und ist ein spürbarer Anstieg zur partnerschaftlichen Aufteilung der Familienarbeit im Vergleich zu 1,5% vor der Novellierung. Die notwendige Trendwende sei es allerdings nicht. Bleibt abzuwarten, was die neuen Vätermonate verändern. Die Gründe dafür liegen unter anderem in den niedrigen Einkünften von Frauen und der Befürchtung einer negativen Auswirkung auf den Karriereverlauf bei Männern. Dieses Beispiel macht die Kausalität der unterschiedlichen Lebenslagen deutlich, da hier nicht nur das Thema Kindererziehung, sondern gleichzeitig das der unterschiedlichen Erwerbssituation und Karriereplanung von Männern und Frauen tangiert wird. Eine Vielzahl möglicher Korrelationen also.

Die von der Politik postulierte Verpflichtung zur Querschnittspolitik liegt auf der Hand. Die dazu notwendige durchgängige Differenzierung von Fakten und Daten in allen Lebensbereichen ist noch längst

nicht abgeschlossen. Beim Zahlenmaterial zum Thema "Frauen und Gesundheit" sind die Statistiken zur Reproduktion und über Todesursachen zwar schnell zugänglich. Repräsentative Einzelstudien zum Thema Krankheit, die neben medizinischen und psychischen Faktoren auch soziale oder wirtschaftliche Bedingungen mit einbeziehen, so wie u.a. in der Frauengesundheitsforschung angelegt, fehlen jedoch an vielen Stellen. Ohne multivariate Analysen, d.h. statistische Verfahren, in denen die Einflüsse mehrerer Variablen auf eine oder mehrere zu erklärende Variablen untersucht werden, ist aber eine gezielte Gleichbehandlung von Frau und Mann nicht zu erreichen. Hier zeigen sich allein schon in der Datenlage die noch bestehenden Ungleichheiten.

Nicht zuletzt sind Statistiken mitunter "genderblind". Vor allem in empirischen Erhebungen männerdominierter Bereiche wie "Technologie" oder "unternehmerisches Handeln" wird nicht immer nach Geschlecht unterschieden. Die feministische Forschung hat die binäre Geschlechterkonstruktion und die daraus resultierenden unterschiedlichen Verhaltensweisen herausgearbeitet. Ohne mich in einen Methodenstreit einmischen zu wollen, meiner Meinung nach dienen statistische Auswertungen sozioökonomischer Indikatoren gerade in diesen Disziplinen als Grundlage, um die geeignete Weichenstellung für die gemeinsame Teilhabe an zukünftigen Wirtschaftsprozessen festlegen zu können.

Die Gleichberechtigungspolitik hat seit den 70er Jahren enorme Fortschritte erzielt. Trotzdem: Bei der Suche nach Datenmaterial, das die verbesserte Rechtslage dokumentiert, z.B. Vergewaltigung in der Ehe als Straftatbestand seit 1997 oder polizeilicher Platzverweis bei häuslicher Gewalt seit 2002, trifft frau/man auf keine bundeseinheitliche Instanz, die die flächendeckenden Zahlen über geschlechtsspezifische Gewalt zur Verfügung stellt. Natürlich ist Polizei und Justiz in erster Linie Ländersache, und es muss an dieser Stelle eingeräumt werden, dass die erforderliche Bearbeitung von Prozessakten, Ermittlungsprotokollen und Gerichtsurteilen mit einem erheblichen Ressourcenaufwand verbunden ist; dennoch müssen differenzierte Statistiken allen zugänglich sein.

Es besteht insgesamt ein Mangel an systematischen Statistiken. Auf internationaler Ebene ist allein aufgrund der kulturellen Unterschiede ein direkter Vergleich nicht zulässig. Die großen Datensammlungen können einen punktuellen Querschnitt festhalten, der Forschungsgegenstände und -lücken hilfreich aufweisen kann, aber zugleich auch die methodische Herausforderung bei weltweiten Fragestellungen deutlich macht. Sie sind oft nicht umfassend und gründlich genug und sind deshalb mit Vorsicht zu handhaben. Der Umstand, dass es in einem Land keine Informationen gibt, heißt nicht, dass das Thema nicht relevant ist, und umgekehrt ist eine große Zahl an Daten vorhanden, ist es nicht unbedingt charakteristisch für dieses eine Land. Es zeigt aber, dass mehr Forschung nötig wäre, um die verschiedenen Lebenssituationen von Frauen weltweit zu erfassen.

Zum Schluss möchte ich anmerken, dass Statistiken nicht für sich allein stehen und erst durch eine wissenschaftliche Einordnung Schlussfolgerungen gezogen werden dürfen. Auch hierfür ein Beispiel: Es wird immer wieder beklagt, dass die Fruchtbarkeitsrate der Bundesrepublik Deutschland mit rund 1,3 Kindern pro Frau im unteren Drittel innerhalb der EU-15 liegt. Lediglich Italien, Spanien und Griechenland wiesen in den letzten Jahren niedrigere zusammengefasste Geburtenziffern auf. Als Vorbild wird Frankreich genannt. Französische Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter bekommen im Durchschnitt 1,9 Kinder – trotz hoher Vollzeiterwerbstätigkeit. Die gut organisierte, staatlich subventionierte Kinderbetreuung ist unbestritten ein Grund, nur ihn zu erwähnen greift aber zu kurz. Ein Blick auf andere europäische Länder zeigt, dass höhere Kinderzahlen nicht immer mit einer niedrigen Erwerbsbeteiligung einhergehen und umgekehrt. Ein historischer Vergleich über die "Kultur des Kinderkriegens" in Ländern mit Erfahrungen diktatorischer Regime könnte weiteren Aufschluss geben.

Women Count – ein statistisches Infonetz
<http://www.womencount.de>

Genitalverstümmelung an Mädchen und Frauen in Deutschland:

Notwendigkeit effektiver Prävention und konkrete Maßnahmen

I. Bestandsaufnahme – aktuelle Situation

„Durch Migration und Flucht sind viele Familien aus Ländern, in denen Genitalverstümmelung praktiziert wird, nach Deutschland gekommen und halten auch hier vielfach an dieser Praxis fest“ – erkennt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die große Anfrage mehrerer Abgeordneter und der Fraktion der SPD & Bündnis90/Die Grünen

Aktuelle Angaben des statistischen Bundesamtes (*Stand 31.12.2005*) belegen, dass derzeit ca. 60.000 Mädchen und Frauen in Deutschland leben, die aus den 29 afrikanischen Ländern kommen, in denen Genitalverstümmelungen praktiziert werden.

Hinzu kommen diejenigen Mädchen/Frauen, die ursprünglich aus diesen Ländern stammen und mittlerweile in Deutschland eingebürgert wurden.

In den letzten Jahren wurden mehr als 30.000 Mädchen in Deutschland geboren, deren Eltern mindestens zu einem Teil aus einem afrikanischen Land stammen, in dem Mädchen/Frauen an ihren Genitalien verstümmelt werden.

Diese Mädchen haben die Volljährigkeit bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erreicht.

Auch hier kommen noch die Mädchen dazu, deren Eltern aus einem solchen Land kommen und bereits die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben.

Und auch für die ca. 12.000 irakischen Mädchen im Alter unter 20 Jahren, die in Deutschland leben, muss die Gefahr gesehen und als solche anerkannt werden, dass die in Kurdistan/Irak verbreitete Genitalverstümmelung ebenfalls hier an ihnen durchgeführt wird.

Aus diesen Zahlen kann man die Dimension erahnen, mit der die Problematik der Genitalverstümmelungen die Bundesrepublik Deutschland und damit jede/n Einzelne/n hier direkt betrifft.

Die Tatsache, dass bislang keine konkreteren Angaben über die tatsächliche Verbreitung der Verstümmelungspraxis hierzulande gemacht werden können, beruht

ausschließlich auf dem Fehlen gezielter, flächendeckender Untersuchungen, und nicht etwa darauf, dass es hier keine Verstümmelungen gibt.

Die folgenden Indizien - es seien nur einige als Beispiel genannt - untermauern die Feststellung der Bundesregierung, dass hierzulande an diesen Praktiken festgehalten wird:

1. Hinweise aus Fachkreisen:

Im Jahr 2005 veröffentlichten UNICEF und TERRE-DES-FEMMES Ergebnisse einer Umfrage, die sich an GynäkologInnen richtete, die hier in Deutschland arbeiten. In dieser Umfrage gaben allein 83 von 493 ÄrztInnen an, Informationen über die Verstümmelung von hier lebenden Mädchen erhalten zu haben. Und zwar in fast gleichem Maße über die Durchführung der Verstümmelung in Afrika wie auch in Deutschland.

Organisationen, die in den letzten Jahren mit Initiativen gegen Genitalverstümmelungen bekannt geworden sind (z.B. *TERRE DES FEMMES* und *INTACT*), erhalten Informationen aus der Bevölkerung über geplante oder bereits durchgeführte Verstümmelungen an Mädchen, die in Deutschland leben.

2. Aussagen von betroffenen Frauen:

Frauen, die selbst als Kind Opfer der Verstümmelung ihrer Genitalien geworden sind und in Deutschland leben, berichten immer wieder von dem großen familiären und gesellschaftlichen Druck, mit dem sie auch hier in Deutschland/Europa zur Weiterführung der Verstümmelungspraxis gedrängt werden.

Desweiteren berichten Frauen, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit direkten Zugang zu den hiesigen „Communities“ haben, aus erster Hand von Verstümmelungen, die vornehmlich während der Schulferien geplant und begangen werden.

3. Erfahrungen der europäischen Nachbarländer:

In 7 europäischen Ländern (Belgien, Dänemark, GB, Italien, Spanien, Schweden und Norwegen) wurde der Tatbestand der weiblichen Genitalverstümmelung ausdrücklich unter Strafe gestellt. Allein dieser

Umstand verweist auf die Kenntnis von der Relevanz dieser Praktiken dort.

Die reihenweise Verurteilung von VerstümmelernInnen und InitiatorInnen/Eltern in Frankreich spricht ebenfalls für sich.

Eine umfangreiche Studie zu Genitalverstümmelungen in Österreich bestätigt konkret die Durchführung von Genitalverstümmelungen in Österreich, wobei gleichartige Studien in sämtlichen europäischen Ländern zu ähnlichen Ergebnissen führen dürften.

Drei Ergebnisse seien hier genannt: Mehr als ein Drittel der Töchter der Befragten wurde bereits genital verstümmelt, weitere werden folgen, da z.T. gesagt wird, dass die Mädchen zum Zeitpunkt der Befragung „noch zu jung“ seien. Fast 10% der in dieser Studie identifizierten Verstümmelungen an in Österreich lebenden Mädchen wurden in Deutschland oder Holland begangen.

Die große Mehrheit (76%) der Befragten (*alle aus Ländern, in denen Genitalverstümmelungen praktiziert werden, jetzt aber in Österreich lebend*) sprach sich gegen eine völlige Abschaffung der Verstümmelungspraxis aus, und das, obwohl meist das Bewusstsein für die Schädlichkeit der Prozedur (*für die Gesundheit der Opfer*) vorhanden ist.

In Großbritannien geht die British Medical Association davon aus, dass jedes Jahr ca. 3.000 in England lebende Mädchen verstümmelt werden.

Auf der einen Seite ist also die Durchführung von Genitalverstümmelungen an in Deutschland/Europa lebenden Mädchen nicht von der Hand zu weisen.

Auf der anderen Seite muss festgestellt werden, dass bisher kein einziges europäisches Land auf diese Realität adäquat reagiert hat, d.h. Maßnahmen eingeleitet hat, die einen umfassenden Schutz für die gefährdeten Mädchen gewährleisten.

Deutschland könnte hier mit der Umsetzung der in KAPITEL III.) und IV.) erläuterten Maßnahmen eine Vorbildfunktion einnehmen.

Denn: Die Schaffung eines spezifischen Straftatbestandes allein und selbst die

Anwendung des geltenden Rechts (s. *Frankreich*) bei der Verurteilung bereits begangener Verstümmelungen ist nicht als Maßnahme im Sinne von Prävention von Bedeutung, da sie immer erst dann greift, wenn den Mädchen durch die Verstümmelung ihrer Geschlechtsorgane bereits irreparabler Schaden zugefügt worden ist. Besonders vor dem Hintergrund der (sowohl von NGOs als auch Fraktionen des Bundestages) immer wieder formulierten Forderung der Aufnahme der Genitalverstümmelungen als eigenen Straftatbestand in das deutsche StGB sehe ich hier dringend die

II. Notwendigkeit des Umdenkens in Richtung nachhaltiger Prävention

Wie bereits festgestellt, beruht die Annahme, mit einem eigenen Straftatbestand könne ein besserer Schutz der Mädchen gewährleistet werden, auf einem gravierenden Irrtum in Bezug auf die Wirkung des Strafrechts.

Die Auffassung, solch ein spezifisches Gesetz hätte außerdem eine deutliche Signalwirkung in Richtung der potentiellen TäterInnen, teile ich nicht, da eine umfassende Information über die bereits bestehende Strafbarkeit und deren konsequente Anwendung die gleiche Wirkung erzielen würde.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Wir brauchen keinen eigenen Straftatbestand, um bereits vorgenommene Verstümmelungen strafrechtlich verfolgen zu können, geschweige denn, um damit besseren Schutz für die potentiellen Opfer gewähren zu können! Die Strafbarkeit von Genitalverstümmelungen, die hier in Deutschland begangen werden, wird seit Ende der 90er Jahre unverändert von der Bundesregierung bestätigt, zuletzt von Perdita Kröger auf der GTZ-Konferenz „*Weibliche Genitalverstümmelung beenden*“, 12.-13. November 2006.

Konkret heißt das, Genitalverstümmelungen können in jedem Fall als Körperverletzung (§223 StGB) und als gefährliche Körperverletzung (§224 StGB; *Strafmaß 6 Monate bis 10 Jahre*) geahndet werden.

Ebenso möglich ist die Verurteilung der Eltern, welche die Verstümmelungen initiieren nach §225 StGB, der den Tatbestand der Misshandlung von Schutzbefoh-

lenen beinhaltet (*Strafmaß 6 Monate bis 10 Jahre*).

Inwieweit der Straftatbestand der schweren Körperverletzung (§226 Abs. 2/StGB; *Strafmaß 3 Jahre bis 15 Jahre*) grundsätzlich erfüllt wäre, ist meines Wissens bisher juristisch nicht abschließend diskutiert worden.

Es sieht aber so aus, als sei die Klitoris, um deren Verstümmelung es ja hauptsächlich geht, nicht als „*wichtiges Glied*“ gemäß der juristischen Definition erfassbar, womit die Voraussetzung für den Tatbestand „*schwere Körperverletzung*“ ebenfalls nicht erfüllt wäre.

In ihrem aktuellen Antrag an die Bundesregierung fordert nun die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die ausdrückliche Verankerung der Genitalverstümmelungen als schwere Körperverletzung im §226 des StGB.

Da das Strafmaß bei einer Verurteilung aufgrund dieses Tatbestandes nicht unter 3 Jahren liegt, würde dies zu einer Ausweisung der TäterInnen gemäß AusländerInnenrechts führen.

Also auch zur Ausweisung der Eltern des jeweiligen Opfers, je nachdem, ob sie als TäterInnen, MittäterInnen, AnstifterInnen oder wegen Beihilfe zur Straftat belangt würden.

Im Hinblick auf die Präventionsmaßnahme in Kapitel IV. hätte dies weit reichende Folgen, d.h. es wäre mit einer regelrechten Ausweisungswelle zu rechnen. Inwieweit dies nun geboten, gewünscht oder hinzunehmen ist, bedarf meiner Meinung nach einer gründlichen Auseinandersetzung und Diskussion und darf nicht einfach in Kauf genommen werden.

Eine weitere Forderung, die in den letzten Jahren gestellt wurde und wird, ist die Schaffung von Möglichkeiten, im Ausland begangene Genitalverstümmelungen an Mädchen, die in Deutschland leben, auch hier verfolgen zu können.

Denn in der Tat sind diese „*Fälle*“ nur dann uneingeschränkt strafbar, wenn die Genitalverstümmelung in dem Land der Begehung der Tat ebenfalls strafbar ist.

Ansonsten hätten sich die Eltern als InitiatorInnen der Verstümmelung (*bzw. als diejenigen, die mit der Erlaubnis, ihr Kind in das entsprechende Land reisen zu lassen, eine mögliche Verstümmelung billi-*

gend in Kauf nehmen) immerhin für die Beihilfe zu einer Straftat zu verantworten.

In der Praxis heißt das, die Möglichkeit der Strafverfolgung ist für die Hälfte der infrage kommenden afrikanischen Länder aufgrund der fehlenden Strafbarkeit vor Ort stark eingeschränkt.

Trotzdem halte ich die Anstrengungen, die auf eine Erweiterung der Strafbarkeit im Ausland begangener Genitalverstümmelungen abzielen, aus folgendem Grund für sinnfrei:

Selbst eine uneingeschränkte Strafbarkeit von im Ausland begangenen Verstümmelungen böte nämlich in keiner Weise realen Schutz für die betroffenen Mädchen, sondern würde immer erst dann greifen, wenn es für sie zu spät ist.

Aber letztlich muss es darum gehen, diesen realen Schutz zu gewährleisten und die Verstümmelung der Mädchen von vornherein zu verhindern, sodass eine Strafverfolgung gar nicht nötig würde!

Und noch etwas sehe ich von so grundlegender Wichtigkeit, dass es nicht länger ignoriert werden darf und einer neuen Sichtweise bedarf:

In allen europäischen Ländern, einschließlich Deutschland, basieren sowohl die Strafverfolgung von bereits begangenen Verstümmelungen, als auch mögliche akute Präventionsmaßnahmen (z.B. *Entziehung des Sorge- oder Aufenthaltsbestimmungsrechts*) auf der mehr oder weniger zufälligen Entdeckung des Vorhabens/der Tat durch Menschen, für die Zivilcourage kein Fremdwort ist.

Konkret für Deutschland bedeutet das:

a.) Es wurde bisher in keinem einzigen Fall von bereits begangener Genitalverstümmelung ein Urteil gesprochen; was in geradezu absurder Weise den dichten Hinweisen auf die tatsächlich große Präsenz von minderjährigen Verstümmelungs-Opfern in unserem Land, sowie konkreten „*Fällen*“ widerspricht und einem zusätzlichen Schlag ins Gesicht der Opfer gleichkommt. Der Tatbestand „*Genitalverstümmelung*“ ist 100%-ig nachweisbar; die TäterInnen (Eltern oder andere Familienangehörige) müssen nicht in mühevoller Kleinarbeit ermittelt werden, sondern sind eindeutig identifizierbar (*was auf die besondere Systematik der Verstümmelungen zurückzuführen ist*).

b.) In Bezug auf die Ergreifung akuter Präventionsmaßnahmen sieht es nicht anders aus: Es wurde bisher nur ein einziges Urteil gefällt, bei dem die Gefahr für ein hier lebendes Mädchen (*gambischer Staatsangehörigkeit*), genitalverstümmelt zu werden, vorerst dadurch abgewendet konnte, indem der Mutter durch die teilweise Entziehung des Aufenthaltsbestimmungsrechtes die geplante Verbringung des Mädchens nach Gambia untersagt wurde.

In letzter Konsequenz bedeutet das: Bis auf diese einzige Ausnahme wird die Verstümmelung von hier lebenden Mädchen von der Bundesregierung und Behörden durch Wegsehen und Nicht-Eingreifen geduldet!

Diese Duldungspolitik nun widerspricht direkt den Erklärungen, laut derer sich „*Deutschland der Regierung zufolge gemeinsam mit der EU seit Jahren konsequent für die Ächtung der Genitalverstümmelungen einsetzt*.“

Sie steht auch im Widerspruch zu der einhelligen Beurteilung dieser Praktiken als schwere Menschenrechtsverletzung, bzw. als „*besonderen, nachhaltigen und menschenrechtswidrigen Auswuchs von Gewalt an Frauen*“, wie die Bundesregierung es in den letzten Jahren stets formuliert.

Nicht zuletzt widerspricht diese Duldung der o.g. Bewertung der Genitalverstümmelungen als schwerwiegenden Straftatbestand.

Nun sind allein die physischen und psychischen Folgen jeder Form der Genitalverstümmelung (*einschließlich akuter Lebensgefahr*) für die Opfer so gravierend, dass sie allein das Ergreifen von Maßnahmen zur Verhinderung dieser Tortur erfordern.

Der wichtigste Grund allerdings, eine neue, umfassende Sichtweise in Richtung Prävention von Genitalverstümmelungen zu lenken und als Ansatz für Prävention zu verankern, ist folgender:

Die Verhinderung von Genitalverstümmelungen bei Mädchen, die in Deutschland leben, stellt einen neuen und besonderen Anspruch an die Prävention von Verbrechen in unserem Land.

Dieser ergibt sich aus der - im Gegensatz zu anderen Straftaten - konkreten Vorhersehbarkeit der Tat.

Die wiederum beruht auf der exakten Identifizierungsmöglichkeit sämtlicher potentieller Opfer aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer genau bestimmbarer Risikogruppe.

Dies ermöglicht es, ein umfassendes Schutzprogramm genau für diese Risikogruppe „maßzuschneidern“ und somit jedes einzelne Mädchen zu erfassen, dessen körperliche Unversehrtheit durch Genitalverstümmelung verletzt werden könnte.

Das Schutzprogramm, mit dessen Implementierung ein wirklicher und nachhaltiger Schutz für in Deutschland lebende Mädchen möglich wäre, besteht im wesentlichen aus zwei großen Maßnahmen, die zum einen die Verstümmelungen in den Herkunftsländern verhindern, und zum anderen die Verstümmelung hier in Deutschland, bzw. in europäischen Nachbarländern unterbinden helfen:

© Ines Laufer

Hamburg, den 07. Januar 2007

Nachrichten

Frauenfrage als Knackpunkt für Integration

Eine neue Studie des Instituts für Jugendkulturforschung zeigt Österreichs Jugend fernab von Multi-Kulti-Romantik. Frauenfrage liefert Stoff für Integrationskonflikte. Das Verhältnis österreichischer 11- bis 18-Jähriger zu jungen MigrantInnen charakterisiert sich durch geteilte Toleranz - zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Jugendkulturforschung in seiner aktuellen Jugendstudie.

Türkische Jugendliche der 2. Generation sind aus Sicht der Befragten in vielerlei Hinsicht anders als österreichische Jugendliche: vor allem in Bezug auf die Bedeutung, die sie der Religion beimessen, in ihrem Geschlechterrollenverständnis, was Familiensinn, aber auch was den Kleidungsstil, Musikgeschmack oder die Ess- und Trinkkultur betrifft. Diese wahrgenommene kulturelle Differenz wird von den Befragten aber nicht automatisch negativ gewertet.

U.a. herrscht in Bezug auf die Religion ein hohes Maß an interkultureller Toleranz: 7 von 10 Jugendlichen meinen, dass türki-

sche Jugendliche der Religion in ihrem Alltag einen anderen, höheren Stellwert geben als österreichische Jugendliche. Jedoch nur rund ein Drittel davon vertritt die Ansicht, dass sich die jungen TürkInnen hier an die weltlich orientierten ÖsterreicherInnen anpassen sollten.

Wie die Studie zeigt, endet die interkulturelle Toleranz der österreichischen Jugend allerdings dort, wo es um die Rolle der Frau geht und zwar unabhängig von Geschlecht oder Parteienpräferenz der Befragten.

Die Frauenfrage ist aus Sicht der Jugendlichen ein Knackpunkt für Integrationskonflikte, so Studienleiterin Dr. Beate Großegger. Auch wenn es gesellschaftliche Realität ist, dass Frauen und Männer in vielen Lebensbereichen hierzulande nach wie vor mit zweierlei Maß gemessen werden, sehen österreichische Jugendliche Gleichberechtigung als einen Grundwert und Identitätsmarker westlicher Kulturen an: Zwei Drittel der 15- bis 18-Jährigen meinen, dass türkische Jugendliche der 2. Generation in Bezug auf ihre Einstellung zur Gleichberechtigung der Frauen anders seien, und über 80% davon vertreten die Ansicht, dass sich die 2. Generation, was ihr Rollenverständnis betrifft, in jedem Fall an die Aufnahmegesellschaft anpassen sollte.

Interessantes Detail der Studie: Jugendliche, die Kontakt zu türkischen Jugendlichen haben, nehmen kulturelle Unterschiede insgesamt stärker wahr als jene, die keine türkischen Jugendlichen kennen, und fordern insbesondere, was die Einstellung zu Sexualität betrifft, auch in höherem Maße kulturelle Anpassungsleistungen von der 2. Generation. jugendkultur.at, Institut für Jugendkulturforschung Bauernmarkt 6/4-5 - A- 1010 Wien <http://www.jugendkultur.at>

Tel.: +43/1/532 67 95

Kampagne des Europarats gegen Gewalt an Frauen

Bereits im Sommer 2006 hat der Europarat das offizielle Programm der Kampagne in Form eines so genannten Blueprint veröffentlicht. Das Papier liegt jetzt in einer deutschen Übersetzung vor und kann im Internet heruntergeladen werden: www.aeof.at

Die offizielle Website zur Kampagne:
www.coe.int/t/dg2/equality/DOMESTICVIOLENCECAMPAIGN/default_EN.asp

Eine Task-Force- Arbeitsgruppe wurde ebenfalls 2006 ins Leben gerufen. Sie besteht aus acht internationalen ExpertInnen aus dem Bereich der Gewaltprävention und wird die Kampagnen-Aktivitäten in den einzelnen Europarats-Mitgliedsländern evaluieren sowie Vorschläge für weitere Präventionsmaßnahmen entwickeln. Rosa Logar, Obfrau des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser, wurde von Österreich als Mitglied der Task Force nominiert.

Kontakt: rosa.logar@interventionstelle-wien.at

Jedes Mitgliedsland soll eine Kontaktperson (High level official) und eine Kontaktadresse (Focal Point) für die Kampagne bekannt geben. Auch die nationalen Parlamente sollten eine Kontaktperson bestimmen. Die Staaten sollten auch Arbeitsgruppen einrichten, die nationale Aktionspläne gegen Gewalt entwickeln und implementieren, und dem Europarat regelmäßig Bericht erstatten. Liste der Kontaktpersonen im Internet:

www.coe.int/t/dg2/equality/domesticviolencecampaign/NationalContacts_en.asp

Der Europarat wird im Rahmen der Kampagne fünf Seminare in verschiedenen Ländern durchführen. Das erste Seminar war am 21. und 22. Februar in Den Haag, Niederlande, Thema: Gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen.

Kontakt: Johanna Nelles,
DG2.Violence@coe.int

Ferner hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates ein Handbuch für ParlamentarierInnen herausgegeben, in dem diese eine genaue Handlungsanleitung finden, wie sie sich an der Kampagne beteiligen können. Es kann gemeinsam mit weiteren Informationen für die parlamentarische Arbeit im Internet heruntergeladen werden:

www.coe.int/t/pace/campaign/stopviolence/default_EN.asp

quelle: informationsstelle@aoef.at

Versicherungen sollen Gründe für unterschiedliche Tarife bei Frauen

und Männern veröffentlichen

Berlin: (hib/VOM)Ein Versicherungsunternehmen, das unterschiedliche Prämien oder Leistungen für Frauen und Männer vorsieht, soll künftig die versicherungsmathematischen und statistischen Daten veröffentlichen, aus denen die Berücksichtigung des Geschlechts als Faktor der Risikobewertung abgeleitet wird. Dies sieht ein gemeinsamer Änderungsantrag von CDU/CSU, SPD und FDP zu dem von der Bundesregierung eingebrachten achten Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes, des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz sowie anderer Vorschriften (16/1937) vor, der am Mittwochmorgen im Finanzausschuss gegen das Votum der Grünen und der Linken angenommen wurde. Dem Gesetzentwurf in geänderter Fassung stimmten schließlich alle Fraktionen mit Ausnahme der Linken zu, die sich enthielt. Das Gesetz soll am Donnerstag vom Bundestag verabschiedet werden.

Union, SPD und FDP bezogen sich mit ihrer Initiative auf die EU-Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie auf das im vergangenen Jahr verabschiedete Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Danach ist eine unterschiedliche

Behandlung wegen des Geschlechts bei Prämien oder Leistungen einer privatrechtlichen Versicherung nur zulässig, wenn sie auf eine Risikobewertung zurückzuführen ist, die auf relevanten und genauen versicherungsmathematischen und statistischen Daten beruht. Für den Fall, dass die Unternehmen ihre Prämien differenzierung auf allgemein zugängliche Daten stützen, etwa auf Veröffentlichungen eines Branchenverbandes, soll ein Hinweis auf diese Veröffentlichung genügen. Interne Berechnungen müssten nicht offen gelegt werden. Das Unternehmen sei aber dafür verantwortlich, dass die Daten aktuell sind. Eine weitere Änderung des Regierungsentwurfs ermöglicht den Versicherungsunternehmen, ihre Berechnungsgrundlagen für bestehende Verträge bis zum 1. Januar 2008 so zu ändern, dass die Leistungen für Schwangerschaft

und Mutterschaft geschlechtsunabhängig umgelegt werden und die Prämien entsprechend angepasst werden können. Grundsätzlich bleibt damit eine geschlechtsabhängige Kalkulation möglich, allerdings nicht, soweit dies die Kosten für Mutterschaft und Schwangerschaft betrifft. Diese müssen auf alle Verträge umgelegt werden. Die Fraktionen erwarten dennoch, dass es auch für bereits privat krankenversicherte Männer zu keiner "messbaren zusätzlichen Prämienerrhöhung" kommt. Die Grünen und die Linken hatten diese Änderung abgelehnt, wobei die Grünen einen eigenen Änderungsantrag vorgelegt hatten, der keine Mehrheit fand. Sie hatten eine Veröffentlichungspflicht auch für Unternehmen gefordert, die eine unterschiedliche Behandlung wegen der Religion, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität vornehmen. Dem hielt die Regierung entgegen, dass diese im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz genannten Merkmale von der EU nicht als veröffentlichungsrelevant vorgegeben seien. Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz gelte aber unmittelbar für die Unternehmen und sei auch ein Gegenstand der Versicherungsaufsicht. Aufgrund der EU-Richtlinie sei eine Veröffentlichungspflicht lediglich bei der Geschlechterdifferenzierung erforderlich. Die Änderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes dienen im Übrigen dazu, das Aufsichtsrecht über die Rückversicherungen an EU-Recht anzupassen. So soll die Finanzaufsicht über die gesamte Geschäftstätigkeit eines Rückversicherungsunternehmens ausschließlich bei der Aufsichtsbehörde des Sitzlandes liegen. Darüber hinaus können spezielle Versicherungs-Zweckgesellschaften eingeführt werden, die die Risiken von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen übernehmen, ohne selbst welche zu sein. Die Risiken werden dabei vollständig über die Emission von Schuldtiteln oder einen anderen Finanzierungsmechanismus abgesichert. Versicherungs-Holdinggesellschaften, die selbst keine Leitungsfunktion ausüben, können von der Aufsicht freigestellt werden.

*Pressedienst des Deutschen Bundestages
Nr. 026 v. 31. Januar 2007.*

Die Linke soll sich programmatisch und kulturell dem Feminismus öffnen

Mit einer Erklärung "Würde, Glück, Solidarität" ging am 28.1.2007 in Hannover des Frauenplenum der neuen Linken zu Ende.

Rund 150 Frauen aus allen Teilen Deutschlands und aus europäischen Partnerparteien haben drei Tage lang Anträge zu den Gründungsdokumenten der neuen Partei ausgearbeitet und politische Initiativen aus der Perspektive von Frauen entwickelt, beispielsweise zu Themen wie "Sozialstaat aus Frauensicht", "neue Kultur", "Gewalt an Frauen", "Chancengleichheit für Frauen und Mädchen mit Behinderungen" oder "neuer Feminismus". "Frauen haben sich in Teilen der politischen Linken programmatische und Positionen der Repräsentanz und Selbstorganisation erkämpft. Dieser eine Schritt vorwärts hat zu viel Kraft gekostet, um nun zwei Schritte zurück zu gehen", so Christiane Reymann, Bundessprecherin der feministischen Frauenarbeitsgemeinschaft LISA. Mit Blick auf die Parteieubildung fordert das Frauenplenum auch künftig die Mindestquotierung von 50 Prozent und autonome Frauenstrukturen einschließlich des Rechts auf Frauenplenums, wann und wie es Frauen für richtig halten. Mit der Erklärung des Frauenplenums wird die politische Linke zum Umdenken aufgefordert. Mit ein paar Formulierungen sei es nicht getan, diese vermittelten eher den Eindruck von Petersilie als Garnierungen. "Ein Umdenken muss sich in einer neuen Praxis, neuen Strukturen ausdrücken, zu einer tatsächlichen Veränderung der Anschauungen, der Politik führen. Hier hat die neue Linke Erkenntnis- und Nachholbedarf", so Christiane Reymann. Zu den Grundforderungen des Frauenplenums gehören: Die neue Partei der Linken soll eine Partei der mitfühlenden Solidarität sein, eine Partei, die die soziale Frage in ihren konkreten Wechselwirkungen und Verschränkungen mit Frieden, Ökologie, Demokratie, Gerechtigkeit und dem Geschlechterwiderspruch erfasst, eine Partei, in der die Veränderenden nicht nur die Umstände, sondern auch sich selbst verändern wollen, Männer wie Frauen. Gegenwärtig hat die Linkspartei einen Frauenanteil von rund 45 Prozent. Die neue

Partei der Linken werde ein deutlich sichtbares Problem haben: Nur um die 20 Prozent der Mitglieder im Westen sind derzeit Frauen. Die Teilnehmerinnen des Frauenplenums sind sich einig: "Das wollen wir ändern. Dazu bedarf es einer Änderung der Perspektive, des Habitus und Gestus linker Politik. Die neue Partei der Linken kann dieses Angebot annehmen und eine feministische Partei werden oder sie kann es zurückweisen. Das liegt in ihrer Verantwortung." Das dritte Frauenplenum der neuen Linken wurde zum 14. Juni nach Berlin einberufen. Am Vortag ihrer Gründung soll die neue Partei der Linken mit einem starken Votum der Frauen auf einen guten Weg gebracht werden.

Hirnforschung: Erlernte Angst ist wie wirkliche Angst

Das menschliche Gehirn unterscheidet nicht zwischen den beiden Arten der Besorgnis.

Für das Gehirn macht es keinen Unterschied, ob ein Mensch vor etwas selbst Angst hat oder nur einen Menschen in einer angstvollen Situation beobachtet. Das haben amerikanische Wissenschaftler bei Hirnscans herausgefunden. Die Forscher beobachteten die Hirnaktivität von Probanden, während diese sich Videos von Darstellern anschauten, die in Angst vor elektrischen Stromstößen versetzt wurden. Die Aktivität des Gehirns der Probanden zeigte dabei ein ähnliches Muster, wie wenn sie selbst vor Stromstößen Angst hatten. Die Ergebnisse zeigten, wie ausgeprägt die Fähigkeit des Menschen zum emotionalen Lernen sei, schreiben die Wissenschaftler um Andreas Olsson.

Die Forscher zeigten den elf Probanden einen knapp vierminütigen Film, in denen die Darsteller milde Elektroschocks zu spüren bekamen, die jeweils durch farbige Rechtecke angekündigt wurden. Obwohl die Probanden selbst niemals elektrischen Stromschlägen ausgesetzt waren, versetzten die Bilder die Probanden in Angst, zeigten die Scans der für Angstgefühle maßgeblichen Hirnregion. Diese so genannte Amygdala

(<http://de.wikipedia.org/wiki/Amygdala>) zeigte das gleiche Aktivitätsmuster, wie wenn die Forscher den Probanden ein solches farbiges Rechteck mit der Ankündigung zeigten, nun gleichfalls einer Prozedur mit unangenehmen Stromstößen ausgesetzt zu sein.

Die Wissenschaftler interpretieren die Ergebnisse als Beispiel dafür, wie sehr der Mensch auch auf das Erlernen von Gefühlen ausgelegt sei. Triebkraft sei dabei nicht nur das Mitgefühl dem anderen gegenüber, sondern auch der mögliche Nutzen für das eigene Überleben: Nur wer gelernt hat, auch vor bisher noch nicht selbst erlebten gefährlichen Situationen Angst zu haben, kann sich wirkungsvoll gegen Gefahren schützen.

Andreas Olsson (Columbia-Universität, New York) et al.: Social Cognitive and Affective Neuroscience, DOI 10.1093/scan/nsm005

ddp.wissenschaft.de - Ulrich Dewald

Quelle:
<http://www.wissenschaft.de/wissenschaft/news/276076.html>

Termine

Wohnen bei Krankheit und im Alter

3. Tagung der Fraueninitiative 04 e.V., Initiative für würdevolles Leben von Frauen bei Krankheit und im Alter: „Lebst Du schön oder wohnst Du schon?“

am 14.04.2007, 10.00 — 22.00 Uhr

Ort: „Altenberger Hof“, Mauener Str. 92, 50733 Köln

Anmeldung schriftlich bei der Fraueninitiative 04 e.V., Münstereifeler Str. 9-13, 53879 Euskirchen, Tel. 02251 - 625 616, Fax 02251 - 625 629, info@fraueninitiative04.de

www.fraueninitiative04.de

Tatort Beziehung

am 20.4.07, 9-17 Uhr

Ort: Zentrum für Lehre und Forschung, Basel

Aktuelle Forschungsergebnisse im Bereich häusliche Gewalt anlässlich des 10-

jährigen Bestehens der Interventionsstelle Basel.

Häusliche Gewalt ist gemäß der Weltgesundheitsorganisation WHO die weltweit schwerwiegendste Menschenrechtsverletzung an Frauen und eine der häufigsten Todesursachen. Dank der Frauenbewegung und Forschung ist Gewalt in Ehe und Partnerschaft seit den 80er Jahren immer mehr aus der privaten Tabuzone in die öffentliche Wahrnehmung gerückt. Es entstehen griffige Gesetze und Maßnahmen, welche die von Gewalt betroffenen Personen – in der Mehrzahl Frauen und Kinder – besser schützen und die Gewalt ausübenden Personen zur Verantwortung ziehen sollen. Um diese Koordination zu gewährleisten sind Interventionsstellen eingerichtet worden. In Basel-Stadt begann das Interventionsprojekt Halt-Gewalt seine Arbeit im Frühjahr 1997. Soziologische und juristische Studien zu Gewalt in Ehe und Partnerschaft und zur Interventionspraxis begleiteten das Projekt im Auftrag des Schweizerischen Nationalfonds. In der Folge erklärte der Kanton die Bekämpfung familiärer Gewalt zur staatlichen Aufgabe und integrierte Halt-Gewalt in das Justizdepartment.

Zehn Jahre Baseler Interventionsarbeit sind der Anlass für diese Fachtagung. Präsentiert werden weiterführende Erkenntnisse und Umsetzungsbeispiele zur Interventionspraxis.

Fachtagung.halt-gewalt@bs.ch
www.ajfp.bs.ch

Femme Totale: Internationales Frauenfilmfestival

17.-22. April 2007

in Dortmund

Das IFFF Dortmund | Köln ist Deutschlands führendes Internationales Frauenfilmfestival. Es findet jährlich alternierend in Dortmund und Köln statt und ist aus den Filmfestivals von femme totale (Dortmund) und Feminale (Köln) hervorgegangen. Mit rund 100 Filmen präsentiert das Festival neben Internationalen Wettbewerben ein umfassendes Programm aktueller und historischer Filme von Frauen. Die Ausgabe 2007 in Dortmund beschäftigt sich scherpunktmäßig mit dem Thema Musik.

Fokus 2007: Musik

Wie beschäftigen sich Filmemacherinnen inhaltlich und formal mit Musik, Ton und Rhythmus? Musik als politisches Statement, ein Lied als Erinnerung, Musikerinnenporträts, rhythmische Video-Experimente

Fachspezifische Angebote

Workshops, Vorträge, Masterclasses und Werkstattgespräche von und für Musikerinnen und Regisseurinnen beschäftigen sich mit Filmkomposition und Sound im Dokumentar-, Spielfilm und Musik-Videos.

Specials

Das Festivalprogramm reicht in diesem Jahr weit über die Leinwand hinaus. Neben einem umfassenden internationalen Filmprogramm zum Thema MUSIK und einem begleitenden Workshopangebot bietet das IFFF Dortmund | Köln zahlreiche Specials an. Dazu zählen unter anderem viele Live Performances, die teilweise exklusiv für das Festival entstehen und die thematischen Facetten der Filmprogramme widerspiegeln.

Wettbewerbe

In Dortmund werden unabhängig vom Themenschwerpunkt zwei Wettbewerbe ausgerichtet.

Beim Internationalen Spielfilmwettbewerb für Regisseurinnen konkurrieren acht internationale Spielfilme im Rennen um den mit 25.000 Euro dotierten Preis, gestiftet von der RWE Westfalen-Weser-Ems AG. Nachwuchs-Förderung ist die Aufgabe des Dortmunder Kamerapreises. Der einzige deutsche Preis für junge Bildgestalterinnen ist mit 5.000 Euro dotiert.

Filmbildung

Filmprogramme für Kinder und Jugendliche und medienpraktische Angebote für Mädchen

www.femmetotale.de

Feminismus Offensiv

Tagung der Feministischen Partei DIE FRAUEN

Am 14.-15.4.07

In Bremen, Jugendherberge

Wir bekennen uns zum Feminismus, zu feministischen Inhalten. Gleichwohl müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es vor allen Dingen Frauen sind, die den Begriff "Feminismus" als überholt, nicht werbewirksam, gar als schädlich (für sie selbst) oder als männerfeindlich ansehen. Jahr-

zehntelang haben wir Frauen es zugelassen, dass Alles, was nur annähernd mit "Feminismus" zu tun hatte, in den Schmutz gezogen oder lächerlich gemacht wurde.

Dies scheint gerade in Deutschland vermehrt der Fall zu sein – im Gegensatz zu unseren europäischen Nachbarländern, insbesondere Skandinavien, - wo dieser Begriff eine völlige Selbstverständlichkeit ist und keinen negativen Beigeschmack hat.

Interessanterweise haben wir den Eindruck, dass eine Generation heranwächst, in der junge Männer weniger Schwierigkeiten mit dem Feminismus haben als junge Frauen. Was können wir also tun? Wir, die Frauen der Feministischen Partei DIE FRAUEN, möchten nicht, dass der Kampf von Feministinnen der letzten Jahrzehnte umsonst gewesen ist. Wir meinen, dass feministische Inhalte, die sich um eine System- und Herrschaftskritik und die Veränderung der Gesellschaft drehen, mehr denn je nötig sind und verstärkt in die Öffentlichkeit müssen. Als Partei tragen wir bewusst Feminismus in die politische Willensbildung der parlamentarischen Demokratie.

Feministische Partei DIE FRAUEN, LMV Bremen
Beginenhof 1, 28201 Bremen
Tel. (0421) 23 97 53 Fax (0421) 23 19 55
E-Mail: bremen@feministischepartei.de

FiNuT 2007 Kongress von und für Frauen in Naturwissenschaft und Technik

Lebenswelten · Wissenswelten · Umwelten
· Technikwelten · Eine Welt

Vom 17.-20.5.07

in Lüneburg

Über Fächerdisziplinengrenzen hinweg, nutzen Frauen mit technischen Bezügen im weitesten Sinne, diesen Kongress, um aktuelle wissenschaftliche, technische und gesellschaftliche Entwicklungen zu diskutieren.

Naturwissenschaftlerinnen, Forscherinnen, Ingenieurinnen, Mathematikerinnen, Informatikerinnen, Technikerinnen, Handwerkerinnen usw. und Studentinnen tauschen Erfahrungen aus und pflegen und erweitern ihr Netzwerk.

Es werden Frauen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz erwartet. Zunehmende Attraktivität hat der FiNuT - Kongress für Frauen aus Europa und der Welt.

Die fünf Themenkomplexe Lebenswelten, Wissenswelten, Umwelten, Technikwelten und Eine Welt bieten Raum für umfassende ökologische, ökonomische und soziale Betrachtungsweisen der Nachhaltigkeit. Neue Perspektiven und kritische Reflektionen des Nachhaltigkeitsdiskurses sind dabei ebenso gefragt wie genderorientierte und feministische Blickwinkel. Beiträge erfolgen vorwiegend in deutscher, aber auch in englischer Sprache. In diesem Jahr wird das Kongressprogramm durch einen öffentlichen Teil, der u.a. eine Podiumsdiskussion zum Thema Klimaschutz und Energiepolitik beinhaltet, abgerundet.

Weiteres unter: www.finut2007.de

Lesbenfrühlingstreffen 2007

vom 25. bis 28. Mai 2007

Ort: Marburg in der Philipps-Universität
Mitten im Universum. In Marburg.

Auch uns begleiten Grundfragen des LFT, der Lesben, der Gesellschaft: „Geld“, „Wert“, „Dienst-Leistung“, „Kommerzialisierung“, „Solidarität“, „Lesben-Community“, „Politik“...

Dahinter stecken Fragen wie:

- Was ist das Wesen des LFTs?
- Von wo nach wo bewegen wir uns?
- Was sind die Prinzipien, die wir realisieren wollen?

In dieser Bewegung stehen auch wir, die Orga des LFT 2007 in Marburg. Und wir haben uns dafür entschieden, das gemeinsame Erleben auf dem LFT in den Mittelpunkt zu rücken. Wir wünschen uns ein LFT, zu dem alle kommen, um dabei zu sein, um zu gestalten, sich mitzuteilen, zu zeigen, zu kommunizieren, zu fragen, zu erzählen, zu sehen, zu hören, zu fühlen, um Begegnung und Austausch zu erleben. Unser Grundgedanke ist:

Jede tut, was sie will und kann.
Jede bekommt, was sie braucht.

Das heißt: Wir trennen „Leistung“ auf der einen Seite von Bedürfnissen und Notwendigkeiten auf der anderen Seite.

Leistung muss sich wieder lohnen?

Wir sagen Nein. „Leistung“ soll Spaß machen. Wir „leisten“ füreinander und miteinander, weil wir das wollen, aus uns heraus, und um der Sache willen. Dann ist die Arbeit auf dem und für das LFT keine Erwerbs-Arbeit, es gibt keine Honorare im Sinne einer Bezahlung einer Leistung.

Umgekehrt soll keine nicht kommen können, weil sie es sich nicht leisten kann. Jede hat Anspruch auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse aus sich heraus, aus ihnen heraus, nicht weil wir sie uns verdienen. Das „leisten“ wir uns. Welche was braucht, bekommt (Teil)Erstattungen von Fahrtkosten, Übernachtung und/ oder freien Eintritt, soweit es möglich ist.

Jede Referentin, jede Künstlerin, jede StändeLesbe, jede DJne, jede Moderatorin, jede Demorednerin, jede Helferin, jede Unterstützerin, jede Orga, jede Besucherin tut was sie will und kann, weil sie es für das LFT will, nicht weil sie dafür Geld kriegt. Zugespitzt formuliert gibt es gar keine Referentin und kein Publikum mehr. Es gibt nicht die Einen und die Anderen, die Gebenden und die Nehmenden, es gibt nur Teilnehmerinnen, Teilhaberinnen, Teilgeberinnen, Gestaltende.

Wir wollen uns gegenseitig anders wertschätzen als über Geld. Wir möchten damit auch einen gesellschaftlichen Kontrapunkt setzen, eine Alternative zeigen und an dieser Stelle miteinander leben.

www.lesbenfruehling.de

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1992:

56/92 Glück in Frauenprojekten? 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, 60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? 62/93 Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? . 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, 66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/ 96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Kör-

per- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, . 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, . 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion, 109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse, 110/04 Widerstand für Frauechte und Frauenwürde, 111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte – Frauenrechte, .113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen – Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris – Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme

Kofra